

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2. — Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg 4.50 Goldmark, für das übrige Ausland 5.50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Sonnent“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einseitige Kopierbeilage 0,70 Goldmark, Restbeilage 1. — Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 0,20 Goldmark (auflösbare zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellengedruckte das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 50% Goldmark. Eine Goldmark — ein Dollar geteilt durch 4,20.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonnabend, den 26. Juli 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Dichtungs-Gesellschaft, Depositarkasse Lindenstraße 3

Zu Kampf und Abwehr bereit!

Scheidemanns Reichstagsrede.

Die Deutschnationalen wollten unbedingt noch vor der Abreise der deutschen Delegation nach London eine außenpolitische Debatte im Reichstag provozieren, nicht etwa, weil sie sich davon irgend einen Nutzen für die deutsche Sache versprechen, sondern weil sie ihren Wählern in irgendeiner Form vortragen müssen, daß sie gegen die Außenpolitik der Reichsregierung „Opposition“ machen.

In der fünften Abendstunde, nachdem der Reichstag bereits seit 10 Uhr vormittags tagte und schon neun Punkte der Tagesordnung erledigt hatte, füllte sich wieder der Saal, der bis dahin nur sehr spärlich besetzt gewesen war. Unter höhnischen Zurufen der äußersten Rechten verlas zunächst der Abg. Fehrenbach im Namen der bürgerlichen Mittelparteien eine Erklärung, die lediglich besagte, daß diese Parteien die von den Deutschnationalen geforderte Debatte in dem jetzigen Stadium der außenpolitischen Entwicklung für unzumutbar halten, daß sie im übrigen die auswärtige Politik der Reichsregierung billigen. Danach ergriff der Reichskanzler Dr. Marx das Wort zu einer noch kürzeren Erklärung, in der er auf seine Programmrede vom 4. Juni hinwies und im übrigen betonte, daß die Reichsregierung die Versäiler These der Alleinschuld Deutschlands am Kriege entschieden verwerfe.

Damit war von vornherein dem ganzen deutschnationalen Vorstoß die Spitze abgebrochen und die deutschnationale „Aktion“ ins Wasser gefallen. Denn eine von der numerisch stärksten Partei des Reichstages unternommene Aktion, von der Reichsregierung und Koalitionsparteien so deutlich bekunden, daß sie sie für so überflüssig und schädlich halten, daß sie daran nicht teilnehmen wollen, war von vornherein der Belanglosigkeit und Lächerlichkeit verfallen.

Nur eins noch hätte das Interesse der Öffentlichkeit für den deutschnationalen Vorstoß retten können, das wäre eine Aufsehen erregende rhetorische Leistung des deutschnationalen Hauptredners gewesen. Aber die fast anderthalbstündigen Ausführungen des Herrn Berndt, seines Zeichens deutschnationaler Bürgermeister von Schöneberg, erregten nicht Aufsehen, sondern grenzenlose Langeweile. Mit monotonem Pathos fezte er alle Kamellen über die Entstehung des Krieges lang und breit auseinander, die, da sie sorgfältig zusammengestellt waren, den Eindruck erwecken sollten, als wären alle Staaten und Völker der Welt schuld am Kriege, nur das kaiserliche Deutschland nicht. Den Deutschnationalen kommt es nämlich in erster Linie darauf an, das kaiserliche Regime reinzuwaschen, für sie ist der Kampf gegen die Schuldfrage in der Hauptsache ein Mittel der Propaganda für die hochenzöllernsche Monarchie. Und weil dieser Zweck immer wieder in Erscheinung tritt, wenn Deutschnationale über die Schuldfrage reden, deshalb wird es auch in dieser Frage eine Einheitsfront um so weniger geben können, als gerade diejenigen, die am lautesten gegen die Schuldfrage reden, am meisten Anlaß hätten, über dieses Kapitel zu schweigen.

Als Herr Berndt unter allgemeinem Aufatmen und nach wiederholten Stodermahnungen des Präsidenten nach längst überschrittener Redezeit seinen Platz wieder einnahm, da hätte man den Eindruck einer absolut verlorenen Zeit und einer gänzlich überflüssigen Debatte. Als indessen Genosse Philipp Scheidemann an das Rednerpult trat, änderte sich das Bild und die Atmosphäre des Reichstags vollkommen. Die zahllosen Einzelgespräche, die selbst auf deutschnationalen Bänken während der Rede Berndts geführt worden waren, hörten im Augenblick auf das klare Organ des sozialdemokratischen Redners ertönen, um den Standpunkt unserer Partei zu diesem ganzen Fragenkonglomerat darzustellen. Alle Bänke, vor allem in der Mitte und auf der linken Seite des Hauses füllten sich dicht und vor der Rednertribüne standen die Abgeordneten haufenweise. Mit aller Klarheit kennzeichnete Scheidemann den Standpunkt der Sozialdemokratie über die absolute Unzumutbarkeit einer Aufrollung der Schuldfrage in der gegenwärtigen Zeit und er brachte deutlich zum Ausdruck, daß selbstverständlich auch die Sozialdemokratie die Alleinschuld Deutschlands am Kriege als eine Kriegspropagandafeldende der Entente verwerft. Andererseits aber ging er der von Herrn Berndt entwickelten entgegengesetzten Legende der Alleinschuld Deutschlands energisch zu Leibe. Während der Rede Scheidemanns werden es die Deutschnationalen immer mehr bedauert haben, daß sie diese Debatte entseht hatten. Denn plötzlich prasselten die Pfeile auf sie herab, lauter giftige Pfeile aus einem durch die Größe des kaiserlichen Deutschlands selbst gefüllten Köcher. Zitate vom Grafen Waldersee, von Tirpitz, von Riberien-Wächter, Allerhöchste Randbemerkungen

jagten einander, und wirkten um so stärker, als sie mit echt Scheidemannischem Humor vorgetragen und mit bissigen und witzigen Kommentaren versehen waren. Langsam schlichen sich die meisten Deutschnationalen, einer nach dem anderen, aus dem Saale, um so gespannter und immer zahlreicher lauteten die Abgeordneten der bürgerlichen Mittelparteien bis in die Reihen der Deutschen Volkspartei seinen Worten und mischten ihre Zustimmung mit den häufigen Beifallsstundgebungen unserer Genossen. Allein ein paar Böckische versuchten, durch ebenso unflätige wie blöde Zurufe Scheidemann aus dem Konzept zu bringen. Da waren sie aber gerade an den Richtigen gekommen. Er blieb ihnen und ihrem Heros Ludendorff nichts schuldig. Am meisten tat sich der feige Ehrabschneider Ahle mann hervor. Um ihn schließlich loszuwerden, machte Scheidemann mit ernstester Miene den Vorschlag, neben den Badezellen des Reichstages auch einige Gummizellen einzurichten. Unter dem Hohngeflächter des Reichstages nahm der stramme Oberleutnant a. D. seinen Platz wieder ein.

Von der Schuldfrage ging Scheidemann auf das für die Deutschnationalen noch brenzlicheres Kapitel ihres Kommenden Umfalle in der Frage der Sachverständigenfrage über; er verglich ihre ursprünglichen großsprecherischen Andeutungen mit ihren jetzigen kleinlauten Rückzugsmanövern, entlarvte die Unehrlichkeit und Heuchelei ihres ganzen Verhaltens während des letzten Wahlkampfes und leithet, stellte ihre Angst vor Neuwahlen fest, die zu den Gründen gehört, warum sie es nicht auf eine Ablehnung und Auflösung antommen lassen wollen. Von dem Duzend Deutschnationalen aber, die noch nicht das Weiße gesucht hatten, wagte keiner zu widersprechen. Denn die Spahen pfeifen es von allen vier Ecktürmen des Ballot-Hauses, daß die Frage „Umfallen oder nicht?“ Gegenstand der heftigsten Debatten in den zahlreichen deutschnationalen Fraktionsfiguren der letzten Tage gewesen ist und noch sein wird.

Dieser schlotternden Angst der Deutschnationalen vor den kommenden Entscheidungen und ihren Rückwirkungen auf die Wählermassen stellte Scheidemann die klare und feste Haltung der Sozialdemokratie und ihre Siegeszuversicht entgegen: Frischer Mut und unverwundliche Kraft sprachen aus der entschiedenen Kampfanzeige der sozialdemokratischen Massen an die Kräfte der nationalistischen Reaktion.

Es war unermesslich, daß nach Scheidemanns Rede das Interesse für die weitere Debatte erheblich nachließ. Die Herren Rosenberg für die Kommunisten, Reventlow für die Böckischen, Knüppel-Kunze für die Knüppel-Kunzen machten von ihrer Redezeit noch ausgiebigen Gebrauch, währenddessen die Sozialdemokraten die Zeit nutzbringend mit einer Fraktionsführung verbanden.

Den Bericht über den Beginn der außenpolitischen Debatte finden unsere Leser in der Beilage. Die Rede des Genossen Scheidemann

hatte folgenden Wortlaut:

Meine Damen und Herren! Der Herr Abg. Berndt hat angekündigt, daß seine Fraktion noch einen zweiten Redner stellen wird. Und er hat bemerkt, daß er, Herr Berndt, ausschließlich über die Schuldfrage zu sprechen hat. Meine Fraktion hat nicht einen zweiten Redner vorgelesen. Ich muß mich deshalb bemühen, das ganze Pensum allein zu bewältigen und will, dem Beispiel des Herrn Berndt folgend, mich zunächst auch über

die Schuldfrage

äußern. Ob es einen Deutschen gibt, der an die Alleinschuld Deutschlands am Ausbruch des Krieges glaubt, weiß ich nicht, ich hoffe es aber nicht. In der Zurückweisung der Unterstellung im Artikel 231 des Versailler Diktats ist das ganze Volk bis auf den letzten Mann vollkommen einig. (Beifall in der Mitte und links.) Es ist auch nicht zu bezweifeln, daß der Tag kommen wird, an dem alle Welt zugestehen muß, daß die Behauptung, Deutschland trage allein die Schuld am Ausbruch des Krieges, ein entsetzlicher Kriegsschwindel gewesen ist. Aber ich glaube, auf Jahre hinaus wird der Kampf, den Sie führen und den wir mit Ihnen führen, noch vergeblich sein. Und zwar deshalb, weil das Ausland jetzt von dieser Diskussion nichts wissen will und weil wir leider nicht in der Lage sind, diese Diskussion in das Ausland hineinzutragen. Die ganze Erörterung hat aber doch nur einen Zweck, wenn sie zur richtigen Zeit begonnen wird und Aussicht auf Erfolg verspricht. Wir sind gern bereit, diesen Kampf mitzuführen, wie wir ihn so all die Jahre hindurch in der entschiedensten Weise geführt haben. So sehr wir uns alle danach sehnen, das Joch abzuschütteln zu können, das uns, wie viele der Ueberzeugung sind, ausschließlich auf Grund der Behauptung im Artikel 231 auferlegt worden ist, so sehr bin ich mir auch darüber im klaren, daß es zurzeit ein vollkommen aussichtsloses Beginnen sein wird.

Ich will auch gar kein Hehl daraus machen, daß die Erklärung des Herrn Reichskanzlers, ebenso die Erklärung des Herrn Fehren-

bach doch zweifellos von der Sorge diktiert war, daß, wie Herr Berndt ganz richtig sagte, alle Welt heute auf diese Erörterung schaut, von der Sorge diktiert war, daß wir gerade kein glänzendes Bild der Einheit dem Ausland gegenüber bieten würden und daß deshalb

diese ganze Auseinandersetzung nicht zu unseren Gunsten ausfallen kann. Es ist leider das eingetreten, was ich befürchtet habe: daß nämlich Herr Berndt mehr beweisen wollte, als zu beweisen ist. Daß er sich großer Uebertreibungen schuldig gemacht hat und dadurch manches im Auslande verpaßt haben wird, was vielleicht jetzt besser nicht zerfchlagen worden wäre. Wenn Sie solche Diskussionen erzwingen, dann mache ich Ihnen den Vorwurf, daß Sie nicht nur diese, sondern schon manche andere Diskussion erzwingen haben in der festen Ueberzeugung, die wirklich vaterländische Gesinnung der Sozialdemokraten werde uns hindern, das zu sagen, was Ihnen eigentlich in bestimmten Situationen gesagt werden muß. (Sehr gut! in der Mitte und links. Unruhe rechts.) Sie (nach rechts) haben an den Anstand der Sozialdemokraten unausgesetzt appelliert und haben sich bisher auch nicht darüber getäuscht. Ich will Ihnen aber doch eins in Erinnerung rufen, und das möchte ich namentlich denjenigen jungen Leuten gegenüber in erster Linie tun, die bei jeder Gelegenheit durch sehr lautes Lachen den Beweis zu erbringen suchen, daß sie von Politik etwas verstanden. Was haben

die Leute, die den U-Boot-Krieg befürworteten, alles geredet und wie haben wir aus reiner vaterländischer Gesinnung dazu den Mund gehalten! (Unruhe und Zurufe der Nationalsozialisten.) Dafür haben Sie gar kein Verständnis. Wir haben damals gegen den U-Boot-Krieg protestiert, weil wir wußten, was für ein Wahnsinn er war. Wir taunten die Zahl der U-Boote, auch Sie taunten sie und redeten trotzdem dem Volke das Blaue vom Himmel vor, und wir konnten es leider nicht dem Volke fagen, weil wir sonst in den Augen vieler Menschen, die uns nicht verstehen konnten, als diejenigen dagestanden hätten, die vaterländische Interessen preisgaben.

Jetzt kommen Sie wieder mit dieser Frage und verlangen von uns, daß wir, die wir die besten Verbindungen und die größten Erfolge gehabt haben (Lachen und lebhaftes Zurufe rechts), wo sind denn Ihre Freunde im Ausland, die es fertig gebracht hätten wie wir, daß sich unsere Parteifreunde im Ausland auf Kongressen verpflichteten, sich für die Revision des Friedensvertrages einzusetzen? Was haben Sie gemacht? Sie konnten draußen gar nichts machen. Hier können Sie lachen und schreiben. Damit ist Ihre Weisheit vorbei! (Lebh. Zustimmung bei den Soz., Unruhe und Zurufe rechts.) Spielen Sie nicht leichtfertig mit dem Feuer und reizen Sie uns nicht über ein Maß hinaus, das nachher un-erträglich werden könnte!

In der Zurückweisung der Behauptung, daß Deutschland allein die Schuld am Ausbruch des Krieges trägt, sind wir vollkommen einig. Was aber über die Zurückweisung der Alleinschuld Deutschlands hinausgeht, weisen wir ab. Das Maß abzumessen, wie groß oder wie weniger groß die Schuld der einen oder der anderen Regierung war, das wird erst in dem Augenblick möglich sein, in dem alle Regierungen ihre Archive öffnen.

In der „Frankfurter Zeitung“ wird am 29. Juni d. J. eine Darstellung gegeben aus den Schriftstücken, die Iswolski und Saffanow 1912 gewechselt haben. Da wird festgestellt, daß die französische Regierung damals 1912 schon in der Hoffnung, daß es lösliche werden würde, sofort alle notwendigen Maßnahmen getroffen hatte. „Die Mobilisation an der Ostgrenze ist im Zug“, hieß es, „das gesamte Material ist bereit“. (Hört, hört! b. d. D. Bp.) „Des geschah zu einer Zeit“, sagt die „Frankf. Zig.“, „wo Deutschland mit allen Kräften bemüht war, den Krieg hinauszuhalten und sich entschieden auf keinen österreichischen Bundesgenossen in diesem Sinne gewirkt hatte“. Das und die weiteren Veröffentlichungen sind ein sehr gewichtiges Zeugnis zu unseren Gunsten. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich will nicht die Stimmen anführen, die namentlich aus England gekommen sind und namentlich die Stimme Mores. Aber wer sind denn diese Leute, die sich für uns ins Zeug legen? Wissen Sie, daß Mores und all die anderen, die Sie anführen können, ausschließlich Mitglieder der Arbeiterpartei, Sozialdemokraten, sind? Selt schweigen die Herren, die vorher gelacht haben!

Im Ausland will aber niemand etwas davon wissen, daß etwa das Ausland uns hilft, den Beweis zu erbringen, daß das Ausland schuld ist und Deutschland unschuldig am Kriege. Nein, vor allem wäre eines notwendig, um eine bessere Stimmung für Deutschland zu schaffen.

Geben Sie dem Ausland keine Gelegenheit mehr, jede Woche Artikel und Bilder aus Deutschland abzudrucken, in denen Paraden von Prinzen und Generälen gezeigt werden!

(Sehr richtig! b. d. Soz. und d. Dem.) Es handelt sich bei der Schuldfrage um eine deutsche Frage und nicht um eine Parteifrage. Man muß, wenn man über diese Dinge spricht, nicht mit dem Raab von Serajewo anfangen, man muß viel weiter zurückgehen. Lesen Sie nach, was Bismarck gesagt hat, der das Unheil mit Grauen kommen sah, der die erbärmliche feige Doppeltät des damaligen Systems mit den härtesten Worten geißelt hat, der die ganze damalige politische Unfähigkeit beurteilt die sich bis ganz oben hin geltend gemacht hat. Lesen Sie,

was der jetzige Reichstagsabg. a. Tirpitz geschrieben hat!

Im September 1914 schrieb Tirpitz: „Alles ist letzten Endes der Spielfeld zu werden. Vielleicht rettet uns das Volk und seine Kraft. Mit dem bisherigen Kassen- und Kassenwesen ist es vorbei. Sieg oder Niederlage — wir können die reine Demokratie.“ (Hört, hört! links.) Im März 1915 schrieb Tirpitz: „Es ist ein unerhörtes Vergehen unserer Obersten, mitverantwortlich durch die Spitzeln. Ich habe das ja die ganzen Jahre, Jahrzehnte hindurch kommen sehen. Wie oft habe ich Dir gesagt, wie die Katastrophe einmal kommen werde, wüßte ich nicht, sie müßte aber kommen. (Hört, hört! links.) Schon im September 1914, als er sah, wie das ganze Volk aufgestanden war,

schrieb Tirpitz: „Nach dem Kriege gehe ich unter die Sozi und suche mit Enternspähle aus, aber einen ganzen Hausen. Denn es muß eine ganze Hydra zu Leibe gegangen werden, wenn es besser werden soll.“

(Lebhaftes Hört, hört! links und i. d. Mitte.) Man darf die Worte des Herrn v. Tirpitz allerdings nicht ganz ernst nehmen. (Heiterkeit.) Eine Reihe von früheren Abgeordneten, beispielsweise auch der frühere Vorsitzende der jetzt deutschnationalen Fraktion, Herr Dr. Vertel, haben gesagt, man kann das nicht allzu ernst nehmen, was er gesagt hat. Und einer ging so weit, doch er behauptete, die Völkchen blieben sich, wenn er rede. (Große Heiterkeit.) Als das verständliche ich, wenn ich die Tatsache feststellen will, daß er nicht Enternspähle aufgestellt hat. Denn er hätte ja schließlich alle diejenigen ausfinden müssen, die ihn neulich zum Reichskanzler machen wollten. (Große Heiterkeit.)

Ich will an ganz wenige Epochen aus der Vorgeschichte des Krieges erinnern. Hier an dieser Stelle standen einmal im Jahre 1908 alle Parteiführer auf; vor Herbrand bis Singer über Liebermann v. Sonnenberg bis hin zum Kaiser, wie man es schlimmer sich gar nicht vorstellen kann. Alle Welt wußte oder fühlte es, daß dieser Mann geistesgestört war. (Unruhe rechts.) Ich erinnere an Konrad Bornhak, einer der hervorragenden Mitarbeiter der „Kreuzzeitung“, der in seinem Buche „Deutsche Geschichte unter Wilhelm II.“ schrieb, daß die

Aufsetzungen des Kaisers nur in einer französischen Erziehung der Geisteskräfte ihre Erklärung

finden, daß Wilhelm die Züge einer einfach unverständlichen sittlichen Verwilderung aufweist. (Hört, hört! links.) Die Reden dieses Mannes, der über ein unglückliches Volk damals die schrecklichsten Gewalttätigkeiten, der das bekannte Wort gesprochen hat, der Admiral des Atlantischen Ozeans grüßt den Admiral des Stillen Ozeans, der die ganze Welt jahrzehntlang misshandelte, waren der größte Lärm auf Kosten eines armen Volkes, das wahrhaftig am Ausbruch des Krieges keine Schuld trug. Aber sobald die Verständigungsmöglichkeit da war, wurde von rechts mit Keulen geschlagen. Man wollte keine Verständigung, man wollte den Siegfrieden. Das war es ja, was das ganze Volk nachher in die Zerrissenheit hineinbrachte, da es sich nicht mehr und nicht überlegen mußte, daß der

Verteidigungskrieg ungeschlichtet werden sollte in einen wahnwichtigen Eroberungskrieg.

Erinnern Sie sich doch an die Zeit, als wir über Wilsons Vorschläge sprachen! Es sind sehr schöne Reden damals hier gehalten worden. Damals in der kritischen Stunde, als Lansing eine Note nach Deutschland geschickt hatte, machte der Kaiser die Bemerkung daran: „Ein Wilson-Verständigungsfrieden wird weder vom Volk, noch vom Heer, noch vom Kaiser akzeptiert.“ (Zurufe der Rasoz.: Das hat doch nichts mit der Schuldfrage zu tun!) Ja, die Dinge, die Ihnen unangenehm sind, müssen Sie auch schon mit anhören. (Sehr gut links.) Wilhelm (schrieb weiter: „Es ist gut, daß Wilson hinausgeschmissen wird.“) Noch eine andere Äußerung Wilhelms: „Gefahr in den Sandhaufen hineinarbeiten, dann ist der Klammert fertig.“ Ich habe Ihnen ja vorher gesagt, daß wir lange genug den Mund gehalten haben. Aber wenn Sie es verlangen, können wir auch ausgesparen. Das sind die Äußerungen eines Mannes, der erledigt ist. Das deutsche Volk hat damit nichts zu tun. Das sind die Äußerungen von phantastischen Eroberungspolitikern, die in eine Kaltwasserheilanstalt gehören. (Lebhaftes Zustimmung bei den Soz., Wärm bei den Rasoz.) So wenig das deutsche Volk damals an der Seite des Kaisers gestanden hat, so wenig steht es jetzt an der Seite derjenigen, die ungeschlichtet wieder mit dem Säbel raseln, ein Treiben, das im Hinblick auf die Lage Deutschlands geradezu verbrochenerisch genannt werden muß.

Zu den Dingen, die man in Rechnung stellen muß und die man dem Herrn Reichskanzler, wenn er etwa in London mit Reden kommen wollte, wie sie Herr Berndt hier gehalten hat, sofort um die Ohren schlagen würde, gehört, daß man uns entgegenhält: Bitte, was hat Deutschland gemacht auf der Friedenskonferenz in Haag?

Die deutsche Politik in der Schiedsgerichts- und Abrüstungsfrage 1907 hat der Reichsminister a. D. Simons eine der wesentlichsten Ursachen des Kriegsausbruches 1914 und der deutschen Niederlage genannt, weil sie die Welt mit Mißtrauen gegen Deutschland erfüllt hat. (Zustimmung b. d. Soz., Unruhe rechts.) Wie Abg. Haas im „Berl. Tagebl.“ mitteilt, hat Edmund Weber 1913 in seiner Schrift „Krieg oder Frieden mit England?“ gesagt: „Wir gehen zum Kriege, weil wir glauben, daß wir ihn nun nicht nur beginnen müssen, sondern auch gewinnen können.“ Die „Alldeutschen Blätter“, das Organ Liebermann von Sonnenbergs, schrieb: „Webers Gedankengang ist ebenso folgerichtig wie tapfer. Wir müssen entschlossen den Kampf aufnehmen durch Rüstungen, solange es Zeit ist durch Vassallagen, wenn Zeit und Gelegenheit günstig ist.“ (Hört, hört! links.)

Nachdem der Krieg ausgebrochen war, jubelten die „Alldeutschen Blätter“:

Sie schrieben: „Die Stunde haben wir ersehnt. Unsere Freunde wissen es.“

Der Alldeutsche Lannenbergs hat Anno 1911 schon den künftigen Frieden in Paragraphen abgefaßt und keinem bösen und dummen Machwerk die Einleitung gegeben: „Der Krieg darf dem Unterlegenen nichts lassen wie die Augen zum Weinen über sein Unglück.“ (Hört, hört! b. d. Soz.)

Und dann stellt sich ein Mann wie Herr Berndt hierher und hält eine Rede, die er uns hier vorgelesen hat. Dazu hat er wahrhaftig keinen Anlaß gehabt.

Ich wiederhole: Protest gegen diese Behauptung, gegen diese Lüge, daß wir allein schuld seien! Aber ich protestiere auch gegen die Unaufrichtigkeit, die darin liegt, daß man sagt: alle anderen sind schuld, und wir sind unschuldig. Wir sind unschuldig.

Das deutsche Volk ist unschuldig, aber die, die es damals geführt haben, haben ihr gerechtes Mieß von Schuld

zweifelslos ebenso gut, wie alle anderen Monarchen und Regierungen auch. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“, die jetzt jeden Tag national-patriotische Burlesken schreiben, kamen in der Silbester Nummer 1918 auf diese unglückliche Zeit zu sprechen, die zum Kriege führte, und sagten da zum Schluß:

„Eine Zeit, die keine Persönlichkeit zur Verfügung hatte, eine Zeit, in der Valseingefinnung als eine besondere Qualifikation galt, in der Kränklichkeit mit Patriotismus verwechselt wurde, ließ sich dieses wahnwitzige Beginnen gefallen.“

Seider ist es heutzutage fast noch genau so schlimm wie damals, obwohl man annehmen müßte, daß selbst die jüngsten Leute, die heute aktiv und passiv wahlberechtigt sind, soviel geschichtliche Studien hätten machen können, daß sie den Anfang gar nicht wieder glauben könnten, den sie jeden Tag in ihren Versammlungen vorgetragen bekommen. Das Volk ist vollkommen einig in der Erklärung: Wir weisen es zurück, daß Deutschland die Mitschuld trägt.

Herr Berndt hat so getan, als hätte niemals eine deutsche Regierung Protest erhoben. Ich will gar nicht an die Äußerungen

der jetzigen Regierung erinnern, aber in der Zeit, als wir vor der Frage standen, ob wir unterzeichnen sollten oder nicht, hat der damalige Reichskanzler Bauer am 22. Juni 1919 in Weimar folgendes ausgesprochen:

Die Regierung der deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei und ohne eine Verpflichtung zur Auslieferung nach Art. 227 bis 230 des Vertrages zu übernehmen.

Die damalige Regierung hat schon ganz entschieden dagegen Bewahrung eingelegt, und so ist es geblieben bis auf den heutigen Tag. (Sehr wahr!) Alles, was da an Vorwürfen erhoben wird, ist unehrlich. Deshalb will ich noch daran erinnern, wovon leider auch kein Mensch mehr redet, und wovon offenbar auch niemand mehr denkt. Nachdem die Regierung damals das große und schwere Opfer gebracht hat, die Unterzeichnung zu beschließen und auszuführen, nachdem die Nationalversammlung sie dazu ermächtigt hatte, da war es sehr vielen Leuten, die große Töne gegen den Vertrag geredet und nicht alle Konsequenzen gezogen haben, sehr bequem und sehr angenehm, daß sich überhaupt eine Wehrheit gefunden hätte. Und um die Wehrheit überhaupt zustande zu bringen, war ein Abkommen getroffen worden darüber, daß verschiedene Parteien abnehmende Erklärungen abgaben, und in diesen Erklärungen stand, daß

an der vaterländischen Gesinnung derer, die für die Unterzeichnung seien, kein Zweifel

erhoben werden könne. (Hört, hört! Zurufe rechts! Die Deutschen aber nicht!) Ich will es Ihnen gleich vorlesen. Sie sehen, ich bin immer im Kampf mit Ihnen auf alles gefaßt und habe alles bei mir. (Heiterkeit.) Der erste Redner — Sie kommen gleich zuerst — war Herr Abg. Schulz-Bromberg. Er hat gesagt: „Im Namen der Deutschen Nationalen Volkspartei habe ich folgende Erklärung abzugeben: Wir stehen noch wie vor auf dem Standpunkt der Ablehnung des Friedensentwurfs und erheben unter Festhaltung dieses grundsätzlichen Standpunktes Widerpruch. Wir legen uns selbstverständlich voraus, daß jedes Mitglied der Nationalversammlung seine eigene Stellung nach bestem Wissen und Gewissen einnimmt.“ (Zuruf bei den Deutschen Nationalen.) Es hat eine Vereinbarung bestanden. Der eine hat es mehr so, der andere so gesagt. Herr Abg. Heinze hat folgendes gesagt: „Auf die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten habe ich zu erklären: Selbstverständlich erkennen wir an, daß auch die Gegner unserer Ansicht nur aus vaterländischen Gründen handeln.“ (Hört, hört!) Weiter habe ich doch auch gar nichts gesagt. Was wollen Sie denn eigentlich? Jetzt wird schon wieder so getan und vielfach so geredet, als wenn damals die Männer, die, wie gesagt, das schwere Opfer brachten, die reinen Landesverräter gewesen wären!

Also ich stelle noch einmal fest: Wer die Schuld am Ausbruch des Krieges objektiv feststellen und sich nicht damit begnügen will, eine solche Agitationsrede wie Abg. Berndt zu halten, der muß mit seinen Forschungen dreißig bis vierzig Jahre zurückgehen.

Aber ich habe auch gesprochen von der Schuld an der Verlängerung des Krieges.

Wer diese Schuld nachprüfen will, der wird unter all denen, die keine Verständigung wollten, die den Verständigungsfrieden als einen Schandfrieden bezeichnen, all die finden, die sich unter den Rechtsparteien sammeln. Ich will sie nicht im einzelnen anführen, die Alldeutschen oder Nationalliberalen, oder wie sie sonst heißen haben. Man wird vor allen Dingen auch finden, daß der Dirigent dieser ganzen Geschichte stets der General Ludendorff gewesen ist. Und wer die Schuld am Zusammenbruch, die letzte Schuld am Zusammenbruch feststellen will — (Zuruf der Rasoz.: Die haben Sie! Die hat die Revolution!) — das ist Ihr Fraktionskollege Ludendorff gewesen. (Lebhaftes Zustimmung links.) Es gibt eine ganze Anzahl von Männern, die nicht alle Ludendorff heißen und auch in ihren Qualifikationen nicht alle Ludendorff sind. (Zuruf b. d. Rasoz.: Der steht mir hoch über Ihnen! Gegenrufe links.) Ich bin auch dafür, daß Sie ihn da stehen lassen, so hoch es irgendwie geht, ihn nur nicht hierherkommen lassen. (Erneute Zurufe b. d. Rasoz.) Da sich nun offenbar ein Freund der Herren Ludendorff und Ahlemann hier fortgesetzt medelt, möchte ich doch sagen: Wenn wirklich eine größere Anzahl von Offizieren von der gleichen Qualität gewesen wäre wie Herr Ahlemann, dann würde ich manches Vorkommnis unter den Soldaten verstehen, das uns früher unverständlich gewesen ist! (Lebhaftes Zustimmung links und in der Mitte.) Herr Ahlemann hat gestern in geradezu unerhörter Weise den Abg. Breitscheid beschimpft. Es geht aus dem Stenogramm hervor, daß das, was Abg. Breitscheid nachher hier aus dem Gedächtnis festgesetzt hat, vollständig richtig ist. Ich will Ihnen aber weiter sagen: Richtig ist auch, was das „Berliner Tageblatt“ schreibt: das „Berl. Tagebl.“ gibt nach der Schilderung des Vorkommnisses folgender Lieberzeugung Ausdruck:

„Wir glauben, daß damit dieser deutschösterreichische Abgeordnete Ahlemann für alle anständigen Menschen ohne Unterschied der Partei erledigt ist.“

(Sehr richtig links und in der Mitte. Erregte Zurufe der Rasoz.: Sie sprechen für Frankreich! Wollen Sie Bürgermeister von Paris werden?! — Glorreiche Präsidenten.) Noch ein Zeuge! Außenminister Stresemann hat als Leiter der Partei in einer Versammlung des Nationalliberalen Verbandes der Parteifreie in Berlin am 13. Oktober 1918 folgendes gesagt: „Es ist in der Öffentlichkeit behauptet worden, der Reichstag habe verfügt, die Ketten verloren. Demgegenüber muß doch betont werden, daß das Parlament ohne Unterschied der Partei in dieser Krise die besten Kräfte herbeigeholt hat.“

Erschütterung des letzten Restes von Siegeswillen ist von der Obersten Heeresleitung und von niemand anderem ausgegangen.

Wenn also danach gesprochen wird daß in jenen entscheidenden Stunden die Ketten verlegt hätten, muß ich der Wahrheit entsprechend sagen, daß es nicht beim Parlament, sondern bei der Obersten Heeresleitung der Fall gewesen ist.“ (Hört, hört! links.) „Alle, die anders reden und schreiben, betrügen das Volk.“ (Lebhaftes Zustimmung links und in der Mitte. Große Unruhe b. d. Rasoz., Fortgesetzte Zurufe des Abg. Ahlemann, Glorreiche Präsidenten.) Ich möchte mir eine Bemerkung erlauben, die nicht ganz zu meinem Thema gehört. Ich glaube, wir müssen uns ernstlich in der Geschäftsordnung mit der Frage befassen, ob nicht hier unten, wo die Babeljellen sind, eine Gummizelle eingerichtet werden soll. (Lebhaftes Zustimmung links. Zurufe b. d. Rasoz.)

Alles, was ich in bezug auf Kriegsende usw. gesagt habe, geht hervor aus zahllosen amtlichen Dokumenten, namentlich auch aus der Zusammenstellung in dem letzten amtlichen Weißbuch, das Ihnen ja zur Verfügung steht. Es geht hervor aus den Mitteilungen der Untersuchungskommission. Alles das ist ein lächerlicher Witz für die Richtigkeit eines jeden Wortes, das ich hier gesagt habe. (Sehr richtig links.) Ich bedauere, daß die Londoner Verhandlungen in den hauptbetreffenden Ländern von einer so lärmenden Agitation begleitet werden, die naturgemäß den negativ wirkenden Kräften leider zugute kommen wird. (Sehr wahr! links.) Es ist viel leichter, den verhandelnden Regierungen zuzurufen, daß sie sich dort harrt und irgend welchen Kompromissen unzugänglich erweisen sollen, anstatt ihnen als besonnenen Mann zu sagen, sie sollen jenes Maß von Raggigkeit an den Tag legen, das von allen Seiten aufgebracht werden muß, um zu einem positiven Ergebnis zu kommen. (Lebhaftes Zustimmung links.) Die lärmende Agitation trägt in allen Ländern das Zeichen der Anarchie!

(Sehr richtig links.) Wer kann denn ernstlich das Scheitern eines Mannes wünschen, der für alle Beteiligten — ich will mich vorsichtig ausdrücken — einen vorläufigen Ausweg aus unabsehbaren

Schwierigkeiten und Gefahren bringt?! (Sehr wahr! links und in der Mitte.) Weder Deutschland noch Frankreich werden eine solche Krise, wie sie uns droht, ohne die allerhöchsten Erschütterungen überstehen können. Infolgedessen haben beide Länder ganz besonders dankbar dafür zu sein, daß diese englisch-amerikanische Verständigungs- und Vermittlungsaktion eingeleitet hat. Ich will freilich nicht unterlassen, meinem Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß eine solche Vermittlung zwischen den beiden großen Nachbarvölkern überhaupt erst notwendig geworden ist. Die Anfänge der Regierung Herriot ließen uns erwarten, daß die beiden Völker aus eigener moralischer Kraft den Weg zur Verständigung finden würden. Wie fogsamvoll wäre das für die gesamte weitere Entwicklung Europas gewesen! Wir Sozialdemokraten wollten die direkte Verständigung mit Frankreich. Darum haben wir die Amnestie, die die neue französische Regierung für das besetzte Gebiet verkündete, freudig begrüßt. Um so schmerzlicher müssen wir es bedauern, daß diese mutige Initiative einer freien Menschlichkeit sehr bald wieder durch eine rückläufige Bewegung unterbrochen worden ist, daß im besetzten Gebiet neue Verurteilungen erfolgten und daß

durch neue Erklärungen der französischen Regierung über die Räumung des neubesetzten Gebiets und die fröhergerechte Räumung des altbesetzten Gebiets eine Unsicherheit

entstehend, die schließlich unenträglich ist. (Sehr richtig! im ganzen Hause.) Wir bedauern es, daß schließlich in London das Bild entstand, als ob Frankreich alles verweigern wollte, was vom ganzen deutschen Volk als drückendes Unrecht empfunden wird, als ob es sich nur widerwillig zu Erleichterungen entschloß. Wir erblicken in dieser, wenigstens dem Anschein nach, veränderten Haltung der Regierung Herriot einen Erfolg des französischen Nationalismus, der geeignet ist, in seiner Rückwirkung dem deutschen Nationalismus wieder Wasser auf die Röhren zu leiten.

Während des Krieges hat ein geistreicher Professor ein Buch mit dem Titel „Helden und Händler“ geschrieben. Seitdem ist es Mode geworden, daß man in einzelnen Ländern und Völkern nach dieser Art Händler oder Helden zu kategorisieren versucht. Ich möchte die Deutschnationalen fragen: Betrachten Sie sich selbst in ihrem Verhalten zum Sachverständigengutachten als Helden oder als Händler? Zweifellos vor Ihrem Publikum möchten Sie als Helden, als die erregten Götter erscheinen. Aber hinter den Kulissen, als würden Sie Händlereigenschaften, die verflucht orientalistisch anmuten. Ich habe manchmal den Eindruck, daß ein Mittelständler aus dem Osten vor Reid eigentlich spielen müßte, wenn er Sie an der Arbeit sieht. (Heiterkeit.)

Wie steht es denn nun eigentlich mit dem Sachverständigengutachten. Ist es das zweite Verfalls, wie Heisterich gesagt hat, oder ist es der Schwertstoß ins Herz des deutschen Volkes, wie Tirpitz neulich sagte? Wenn das der Fall ist, dann sind Sie auf der rechten, daß sage ich Ihnen auf den Kopf zu, drauf und dran, dies zweite Verfalls zu unterzeichnen, drauf und dran, den Schwertstoß in das Herz des deutschen Volkes führen zu lassen. Ist das Sachverständigengutachten das, als was Sie es in grenzenloser Demagogie hingestellt haben, dann können Sie nicht noch zu dem Schluß kommen, es anzunehmen, ohne bemerkt, nach dem, was Sie früher gesagt haben, nationalen Verrat zu üben. (Zustimmung in der Mitte und links.) Ist es aber wahr, daß Sie das Gutachten gar nicht grundsätzlich ablehnen, und wird Wahrheit, daß Sie es zum Schluß doch schlucken, wie wollen Sie dann selbst Ihre Haltung uns gegenüber bezeichnen, die wir von Anfang das Gutachten richtig gewürdigt haben? Ich weiß nicht, ob das Wort Harmlosigkeit dann zu schlimm wäre. Aber vielleicht ist dies Verhalten, das mir als eine ungeheure Heuchelei empfinden, weniger auf Ihre raffinierte Absicht zurückzuführen, als auf Ihre Halslosigkeit, auf die Kämpfe innerhalb Ihrer Fraktion, die Sie hin und herweisen, auf die Rücksichtnahme auf Ihre politischen Nachbarn. Sie können nur ein Ziel, Ihre Partei in der Republik regierungsfähig zu machen.

Sie werden bereit sein, das Gutachten anzunehmen. Sie werden bereit sein, die Verfassung zu beschwören. Der Bürgerblock ist Ihnen eine Messe wert. Nur glauben Sie nicht, meine Herren, daß Ihre Annahme und Ihr Eid uns beruhigen werden. Die eine wird sie nicht hindern, die Völker weiter zu verheeren, der andere wird Sie nicht hindern, die Republik zu untergraben. Aber lassen Sie es sich gesagt sein, wir stehen zu Kampf und Abwehr bereit. (Stürmisches Zustimmung bei den Soz.)

Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. Da ist die Zollvorlage, da ist die Weigerung der Regierung, das Abkommen von Washington über den Achtstundentag zu ratifizieren. Das sind die Schatten, die der Bürgerblock vorauswirft: Mehr Arbeit, weniger Brot! Das Sachverständigengutachten bestimmt als deutsche Leistungsgrenze die Erhaltung des gleichen Lebensstandards des deutschen Volkes mit anderen Völkern. Das Distat von Versailles erkennt das Recht auf den Achtstundentag an. Aber hier, wo es sich darum handelt, die Rechte des arbeitenden Volkes wahrzunehmen, da sind Sie, die Arbeiter gegen jede Erfüllungspolitik, erfüllungswütig bis weit über die Grenze des Friedensvertrages und des Gutachtens hinaus! (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Sie treiben in jeder Beziehung die Politik weiter und wieder, die Sie im Kaiserreich getrieben haben. Sie übersehen nur eins, daß es

kein persönliches Regiment und kein Klassenrecht mehr gibt, das Sie schützt. Sie haben sich durch trügerische Vorspiegelungen bei den letzten Wahlen eine Stellung verschafft, die über kurz oder lang zusammenbrechen muß. Wir appellieren von dem schlecht unterrichteten Volk an das besser zu unterrichtete Volk, von den Wählern, die beschwindelt worden sind (Unruhe rechts), an die Wähler, die aufzuwachen beginnen, die sehen, daß ein freudhaftes Spiel mit ihnen getrieben worden ist. (Unruhe rechts.) Bitte, wollen Sie die Probe auf das Exempel?

Wir sind jeden Tag bereit und werden in den Wahlkampf eintreten für die Annahme des Gutachtens, für den Achtstundentag, gegen die Verteuerung der notwendigen Lebensmittel durch Schutzölle, für die Sicherung des Friedens, die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens, Erholung nach der Arbeit und Brot genug zum Sattessen für alle.

Das sind für uns Sozialdemokraten eben auch völkische Belange. (Beifall b. d. Soz.)

Keinem Bürgerblock der Welt wird es gelingen, diese Forderungen niederzustimmen, Forderungen, in denen sich der Lebenswille des arbeitenden Volkes ausdrückt. Darum wünschen wir die Stunde herbei, die das Volk zu neuer Entscheidung aufruft. Sie aber (zu den Deutschnationalen), die sich noch vor kurzem Ihres Sieges rühmten, fürchten diese neue Entscheidung. (Lebhaftes Zustimmung links.) Sie fürchten sie, weil Sie wissen, daß Ihr Geschrei über die Ueberwindung des Marxismus eitel Humbug gewesen ist und daß aus jedem neuen Kampf die Sozialdemokratie stärker widerkehren muß: Euch zum Trost, der Arbeiterschaft zum Nutzen! (Stürmisches Beifall b. d. Soz.)

Es sprechen noch die Abg. Dr. Rosenberg (Konun.), Graf Reventlow (Rasoz.) und Runge (Düsseld.).

Nach Knippellange sprach unter ungeheurem Lärm der Rechten Genosse Adolf Braun. Die zweite Lesung des Etats wurde sofort angehängt. Als erster Redner sprach Abg. Bell (Z.), der erklärte, daß nun genug zum Vorkat getretet sei. Nach diesem Redner wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Die Anträge der Kommunisten und Nationalsozialisten wurden abgelehnt, das Haus beschloß, einen Ausschuß über die Kriegsschuldfrage einzusetzen, der die Archiven betreffend: Ausschüsse übernehmen soll. Um 11½ Uhr beginnt die Beratung des sozialdemokratischen Antrags Müller-Franken, der die

Wiederaufnahme der durch bayerische Volksgerichte abgeschlossenen Strafsachen

ermöglichen will. Der Antrag ist beifällig mit einigen Änderungen

gen vom Rechtsausschuss schon angenommen worden. Ueber dessen Beratungen erstattet Abg. Kahl Bericht. Auf der Tribüne für die Ländervertreter hat der bayerische Gesandte Prager Wort genommen.

Kurz vor 12 Uhr nachts ergreift der Vertreter der bayerischen Regierung v. Prager das Wort zu einer Erklärung, in der er ausführt: Die bayerische Regierung hält die Zuständigkeit des Reichs für nicht gegeben.

Da die Volksgerichte noch aus der Zeit vor Erlaß der neuen Reichsverfassung stammten. Der Antrag bedeute eine Verfassungsänderung und könne daher nur mit Zweidrittelmehrheit vom Reichstag angenommen werden, aber auch dann würde Bayern dies als einen schweren Eingriff in seine Hoheitsrechte und als einen Bruch gegebener Versprechungen betrachten.

Zur Einführung der Wiederaufnahme fehle genügender Anlaß. Bei Festurteilen sei Begnadigung erfolgt und werde weiter Begnadigung erfolgen. Er bitte daher um Ablehnung des Antrags und des im Rechtsausschuss zustande gekommenen Beschlusses.

Bei seinen weiteren Ausführungen wird Prager von den Kommunisten beschimpft. Er wendet sich um Schutz an den Präsidenten Wallraf. Einige Kommunisten erhalten Ordnungsrufe. Nach Prager spricht der Nationalsozialist Dr. Fried unter lebhaften Zwischenrufen der Kommunisten.

Um 12 Uhr 15 ergreift der bayerische Abg. Pfeiffer das Wort zu längeren juristischen Darlegungen, mit denen er die Ausführungen Pragers unterstützt.

Um 1/1 Uhr morgens dauert die mittags 12 Uhr begonnene Sitzung noch an.

Die Geschäftslage des Reichstags.

Vertagung bis 5. August.

Der Vorkommnisse des Reichstages beschäftigte sich am Freitag nachmittag mit der Arbeitsteilung des Reichstages für die kommenden Tage. Es wird gefasst, daß am Sonnabend der Notetat in dritter Lesung endgültig verabschiedet werden kann, nachdem er am Vormittag den Haushaltsausschuss passiert hat. Treibt diese Möglichkeit ein, dann soll eine längere Vertagung erfolgen, die in der Zeit zwischen dem 5. und 10. August zur Erledigung der Gesetze zum Sachverständigenrat unterbrochen werden dürfte. Ein bestimmter Termin zur Verabschiedung dieser Gesetze ist vorläufig noch nicht festgelegt.

An den Pranger!

Wie kommunistische Leseer belogen werden.

Am letzten Montag lag das Urteil des Staatsgerichtshofs zum Schutz der Republik vor, das am Sonnabend in Königsberg gegen ostpreussische Kommunisten gefällt war. In der Montag-Abendausgabe nahm der „Vorwärts“ gegen die Schwere der Strafen Stellung, die in seinem Verhältnis etwa zu der Behandlung der völkischen Verbrecher in München steht, und lediglich dazu geeignet ist, schwerste Verbitterung bei den Verurteilten, ihren Angehörigen und Kameraden herbeizuführen. Selbstverständlich wurde dabei auch auf die Schuld der offiziellen RPD. hingewiesen, die durch ihre blutrünstigen Parolen und Parteibefehle ihre idealtüchtigen Anhänger in Gefahr bringt und jedem Richter die Ueberzeugung beibringen muß, als drohe von den Kommunisten eine Riesengefahr.

Diese sachlich scharfe Kritik an dem Königsberger Urteil wird den Lesern der „Roten Fahne“ und damit allen kommunistischen Lesern in Deutschland in folgender Aufmachung serviert:

Selbst bürgerliche Blätter haben gegen das barbarisch harte und rechtlich unhaltbare Königsberger Urteil Protest erhoben. Dagegen der „Vorwärts“ billigt es voll und ganz. (Folgt ein aus dem Zusammenhang gerissener Satz aus unserer Anmerkung. Red. d. „R.“) Dies zeigt, daß sich die Bourgeoisie mit ihrem Justizterror auf die SPD. stützt.

So wird in der „Roten Fahne“ ein klarer Tatbestand glatt ins Gegenteil umgelogen!

Das ist der eine Fall. Der zweite folgt alsbald hinterher: Am Mittwoch früh veröffentlicht die „Rote Fahne“ den angeblichen Entwurf eines Eisenbahngesetzes. Mittags kommt die Meldung, daß deshalb gegen sie ein Landesratsverfahren eingeleitet werden solle. In der nachmittags erscheinenden Abendausgabe folgt der „Vorwärts“ zu diesem neuesten Streich politischer Kurzsichtigkeit der Reichsregierung:

Der Landesratsparagraf wird wiederum gegen die Presse angewandt in einer Weise, die für die Freiheit der Presse bedrohlich ist. Es ist nicht die Ausgabe der Justiz, aus journalistischen Disziplinlosigkeit den Landesratsparagrafen zu konstruieren. Die Disziplinlosigkeit der „Roten Fahne“ mag öffentlich gekennzeichnet werden, man mag den Quellen der Publikation nachgehen — zu einer erneuten Ueberwindung des Landesratsbegriffs darf sie nicht führen.

Diese Stellungnahme gegen Regierung und Reichsanwalt fällt die „Rote Fahne“ folgendermaßen um:

Als einziges Blatt bezugt der „Vorwärts“ ein menschliches Mitgefühl mit dem offenbar überarbeiteten Reichsanwalt, er tobt gegen den Vertrauensbruch der „Roten Fahne“.

Solche Fälschungen sind bei der kommunistischen Presse berufsüblich. Sie wiederholen sich Tag für Tag. Man fragt sich oft, was die hysterischen Wutreden mit derartigen plumpen Verdrehungen beabsichtigen. Allerdings sagen sie es ja gleich hinterher: Sie wollen die sozialdemokratischen Arbeiter durch ihre Lügenmeldungen „aufrechten“, um die Einheitsfront herzustellen. Sie glauben, daß die sozialdemokratischen Leser des „Vorwärts“ auch so kritiklos veranlagt seien, wie die eigenen. Aber darin befinden sie sich in einem grundlegenden Irrtum, den sie auch durch neue Fälschungen nicht beseitigen können.

Zwei dieser Wutleistungen aus wenigen Tagen prangern wir hier an. Sie alle zu registrieren, dazu ist das Papier zu schade, das damit bedruckt würde. Aber man kann auch aus den zwei Fällen wieder einmal entnehmen, welches Maß von Wohlwille sonst in den lärmenden und schimpfenden Behauptungen der kommunistischen Presse steckt. Sie haben die Parole ihres heiligen Lenin treulich befolgt, daß sie mit „Verschweigung der Wahrheit“ arbeiten müssen. Aber daß sie auch „Schlaubeit“ anzuwenden haben, vergessen sie. Uebrig bleibt nur die rohe Sprache der Bosse, in der sie sich wohlzufinden scheinen.

Deutschnationaler Verleumder.

Wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik und Beleidigung des Reichspräsidenten Ebert hatte sich vor dem erweiterten Schöffengericht in Stolp in Pommern der deutsch-nationale Parteisekretär Scott von Bittokendorf aus Rummelsburg in Pommern zu verantworten. Der Angeklagte war 14 Jahre Richter in Livland, flüchtete dann nach Deutschland infolge des Bolschewikentums, wurde 1921 deutscher Staatsbürger und etwaig dann die Qualifikation zum deutschnationalen Parteisekretär. Während der Wahl hatte er in einer öffentlichen Wählerversammlung in dem pommerschen Dorf Berlin den Reichspräsidenten Ebert als Sattlergehilfen hingestellt. Auch in bezug des bekannten

offenen Briefes des völkischen Schriftstellers Rottach den Reichspräsidenten des Hochverrats beschuldigt. Ferner hatte er von Judenrepublik usw. gesprochen. Ein Teil der Anwesenden nahm an diesem Verhalten Vergernis und brachte den Vorfall zur Anzeige. Natürlich wollte der Angeklagte die Äußerungen hypochondrisch gebraucht haben, eine persönliche Beleidigung und so weiter läge ihm fern. Er liebe sein Vaterland mit den alten Farben schwarz-weiß-rot. Er würde immer wieder und wieder sein Verhalten nicht anders einstellen und es sei ein Ehrenloß für ihn, sich wegen seiner Handlungsweise zu verteidigen. Das Gericht würdigte auch seine Handlungsweise, indem es ihn zu zwei Monaten, zwei Wochen Gefängnis verurteilte. Begründend wurde ausgeführt, daß es erwiesen ist, daß er den Reichspräsidenten beleidigt habe. Er habe nicht das, was im Volk gemurmelt wurde, über die Republik zum Ausdruck gebracht, sondern selbständig Handlungen begangen. Während die Umstände seien ihm in bezug auf seine Vaterlandsliebe zugebilligt worden, aber die Beleidigung und das Vergehen gegen das oberste Organ des Deutschen Reiches seien derartig herabwürdigend, daß hier auf Gefängnis erkannt werden müsse. Die Folgen seiner Handlungsweise habe er sich selbst zuzuschreiben.

Bayern sabotiert die Verfassungsfeiern.

München, 25. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im bayerischen Ministerium des Innern brütete man seit Wochen über eine Anordnung, wie man in Bayern die für den 11. August im ganzen Reich geplanten Verfassungsfeiern abwürgen könnte. Während man in den übrigen deutschen Ländern von Amis wegen zu Verfassungsfeiern auffordert und sie begünstigt, ist natürlich davon in Bayern keine Rede. Im Gegenteil, jene Bevölkerungsschichten, denen das Bekenntnis zur Verfassung herzensfremd ist, werden nach Möglichkeit skataniert, indem auf Grund des Ausnahmezustandes Verfassungsfeiern nur in geschlossenen Räumen geduldet werden, für die außerdem noch die spezielle Genehmigung bei den Polizeibehörden eingeholt werden muß. Es soll offenbar vermieden werden, daß machtvolle Kundgebungen für die Verfassung stattfinden. Diese grundsätzliche Feindseligkeit des offiziellen Bayern gegen das republikanische Deutschland ist allerdings nichts Neues, denn wir sind längst gewohnt, daß in der weißblauen „Ordnungszelle“ überall und jederzeit gegen das Reich demonstriert werden darf, aber keinesfalls für das Reich. Die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtages wird in der kommenden Woche die ihr in dieser Angelegenheit notwendig erscheinenden parlamentarischen Schritte unternehmen.

Wer bezahlte Ehrhardt?

München, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Rahr hatte kurz nach seinem Amtsentritt als Generalstaatskommissar in verschleielter Form eines schönen Tages von der Regierung Knilling die Summe von einer Million Goldmark „für die darbenende Jugend“ verlangt. Es ist niemals bekanntgeworden, ob dem Generalstaatskommissar diese Summe bewilligt worden ist. Es wurde aber damals schon von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß mit der darbenenden Jugend des Herrn v. Rahr niemand anders gemeint sei als die Ehrhardt-Truppe, die unter dem Protektorat des Herrn v. Rahr damals in Nordbayern zum Marsch auf Berlin von Ehrhardt selbst zusammengezogen wurde. Es ist auch damals schon durch den jetzigen bayerischen Ministerpräsidenten Heib gegen die Verschleuderung von Staatsgeldern

für diese Bestrebungen öffentlich Protest erhoben worden. Eine wirkliche Aufklärung über diese Dinge wurde aber niemals geschaffen. Nun hat in der Freitagssitzung des Finanzausschusses im Bayerischen Landtag, in der eine Reihe von Beschwerden gegen die Bayerische Staatsbank behandelt wurden, Genosse Kuer folgende Anfragen an das Finanzministerium gerichtet: 1. Ist es richtig, daß das Geld, das von der Bayerischen Staatsbank dem Frankfurter Bankhaus Neufville gegeben wurde (400 000 M.), im Zusammenhang steht mit der Summe von einer Million Goldmark, die Herr v. Rahr als Generalstaatskommissar im November v. J. für die darbenende Jugend gefordert hat? 2. Ist es richtig, daß diese 400 000 M. in Frankfurt von dem Schwiegerohn des Barons Michel Raullin-Bamberg, der seinerzeit die Ehrhardt-Truppe finanzierte, abgehoben wurden? 3. Ist es richtig, daß die Bayerische Staatsbank sich zuerst geweigert hat, das Geld nach Frankfurt zu überweisen, dazu aber von Rahr und Knilling dann gezwungen worden ist?

Der Vertreter des Finanzministeriums im Ausschuss erklärte, daß seines Wissens die 400 000 M. der Bayerischen Staatsbank an das Frankfurter Bankhaus gegeben wurden zur Dedung von Verbindlichkeiten und Auszahlung an die Kunden. Bekanntlich hat das Bankhaus Konkurs gemacht, so daß die Bayerische Staatsbank 100 000 M. verloren hat. Ueber die Zusammenhänge, wie sie der Abgeordnete Kuer mitteilt hat, sei ihm (dem Vertreter im Finanzministerium) nichts bekannt, er werde aber der Sache sofort nachgehen und in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses am kommenden Dienstag Ausschluß erteilen.

Der Lügenkampf gegen Lübbing.

Die deutsch-nationale Fraktion des Preussischen Landtags hat folgende Anfrage eingebracht:

Der durch Austausch mit dem Polizeipräsidenten Brand zum Polizeipräsidenten in Darmstadt berufene Polizeipräsident Lübbing, dessen Tätigkeit bereits in Ostpreußen zu schweren Bedenken (der Reaktionen und Ausschüssen. Red.) Anlaß gab, hat am 23. Juli im Reichstag unter dem Schutz der Immunität durch den Zwischenruf „Alle Offiziere sind Lumpen“ das deutsche Offizierskorps, das gerade auch im Polizeibeamtentum stark vertreten ist, schwer beleidigt. Nach ausdrücklicher Feststellung Lübbings ist das eine Lüge. (Red.) Hält das Staatsministerium Herrn Lübbing noch immer für geeignet, ein hervorragendes Staatsamt, noch dazu im besetzten Gebiet zu bekleiden?

Gewerkschaftsring und Achtstundentag.

Der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände (Hirsch-Dunckerse Gewerkschaften) veranstaltete gestern abend im Plenarsitzungsaal des Reichswirtschaftsrates eine öffentliche Kundgebung, die sich mit dem Reparationsproblem und der Sozialpolitik befahte.

Reichstagsabgeordneter Erkelenz, der Vorsitzende der demokratischen Partei, führte zu dem Reparationsproblem aus, es sei für Deutschland fast nur möglich, durch Waren die Reparationsleistungen zu bezahlen. Hier bestehe aber die Schwierigkeit, daß dadurch das Ausland mit Waren überschwemmt werde. Wenn Deutschland jährlich 24 Milliarden zahlen sollte, dann müßte entweder durch technische Verbesserungen die Produktion gesteigert werden oder alle arbeitenden Volksteile in Deutschland müßten ihre Arbeitsleistungen annähernd verdoppeln und gleichzeitig ihren Lebensstandard wesentlich einschränken. Eintende Lebenshaltung mache aber einen gesteigerten Arbeitsertrag unmöglich.

Ein weiteres sehr wichtiges Problem ist, so führte der Redner aus, die Sozialpolitik. Es seien in allen Ländern gerade die Arbeitnehmer, die am meisten Verständnis auch für die Lage des besiegten Deutschland hätten. Wenn Deutschland an der Spitze der

sozialen Reaktion marschieren würde, dann würden die Arbeitnehmer aller Länder sich gegen Deutschland wenden. Deutschland hätte bei Beendigung des Krieges den Versuch machen sollen, sich an dem Internationalen Arbeitsamt zu beteiligen. Ein großer Fehler sei es gewesen, daß Deutschland der ersten internationalen Konferenz in Washington ferngeblieben ist.

Von der allergrößten Bedeutung waren die Ausführungen Erkelenz zum Achtstundentag. Der Redner betonte sich erfreulicherweise frei und offen zum Achtstundentag, indem er sagte: „Ich bin ein Anhänger des Achtstundentages und werde es nach menschlichem Ermessen immer bleiben.“ Es bestehe leider zu einem großen Teil in der Welt die Ansicht, daß nur Deutschland des Achtstundentages entföhre und daß darum viele andere Länder auf dieses Ideal verzichteten müßten. Der Redner kritisierte die Erklärungen der deutschen Regierungsvertreter auf der internationalen Arbeitskonferenz. Im Interesse einer gesunden Reparations- und Sozialpolitik sei deutscherseits eine wesentliche andere Einstellung zum Internationalen Arbeitsamt notwendig. Vor allen Dingen müsse schnellstens die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über die Arbeitszeit erfolgen.

Der zweite Redner, Lemmers, verbreitete sich als Teilnehmer an der internationalen Arbeitskonferenz eingehend über die in Genf gepflogenen Verhandlungen. Die Sozialpolitik könne nur international vorwärtsgetrieben werden. Das sei nur möglich unter Beibehaltung des Achtstundentages. Deutschland müsse jede Möglichkeit internationaler Zusammenarbeit benutzen, um aus seiner jahrelangen politischen und geistigen Blockade herauszukommen. Dafür würden sich die Gewerkschaften mit ihrer ganzen Kraft einsetzen.

Zum Schluß wurde eine im Sinne der Referate gebatene Entscheidung einstimmig angenommen.

Einladung Deutschlands beschlossen.

Paris, 25. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Londoner Konferenz befindet sich immer noch im Zustand der Stagnation. Auch der Freitag hat in der zum Angelpunkt gewordenen Frage der Sanktionen keinerlei Fortschritte gebracht. Beide Parteien beharren auf ihrer Position. Mit großer Spannung sieht man dem Ergebnis der Unterredung am Freitagnachmittag zwischen Herriot und dem amerikanischen Staatssekretär Hughes entgegen, von der man allgemein eine Annäherung beider erhofft. Die

Einladung der deutschen Regierung zur Konferenz ist nunmehr prinzipiell beschlossen.

Die am Donnerstag durch den englischen Botschafter in Berlin erfolgte Ankündigung hat jedoch nur offiziellen Charakter. Ueber den Tag, an dem die Verhandlungen mit der deutschen Regierung beginnen sollen, wie vor allem über die Form, in der sie stattfinden werden, wird erst die dritte Plenarsitzung der Konferenz am Montagnachmittag entscheiden. Die beiden juristischen Sachverständigen, die ihr Gutachten am Donnerstag abgeschlossen haben, sind zu dem Schluß gekommen, daß der Dawes-Plan tatsächlich eine Anzahl von Bestimmungen enthält, die der Zustimmung der deutschen Regierung bedürfen, weil sie über den Verfasser legt hinausgehen.

Falsche Vertagungsgerüchte.

London, 25. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Bericht des ersten Komitees über die Frage der deutschen Verfehlungen, der vor einigen Tagen veröffentlicht worden ist, hat die kritische Einstellung der Bankenervertreter gegen die vorgeschlagene Regelung verursacht. Der neue Bericht dieses Ausschusses soll Montag früh mit den Bankenervertretern noch einmal durchgesprochen und mit ihren Ansichten in Uebereinstimmung gebracht werden, so daß er in der Bankerversammlung am Nachmittag diskutiert werden kann. Heute-Freitag lief in politischen Kreisen das Gerücht um, daß die Konferenz zur Beseitigung zunächst unüberwindlicher Schwierigkeiten gezwungen sei, sich bis zum Herbst zu vertagen. Dieses Gerücht, das Anlaß zu pessimistischen Urteilen gegeben hat, ist inzwischen offiziell dementiert worden. Es ist deshalb wahrscheinlich, daß die Vollkonferenz die deutsche Regierung auffordert, raschstens ihre Delegierten nach London zu schicken. In den Delegationen ist man sich jedoch darüber einig, daß bis zum Eintreffen der deutschen Delegation ein volles Einverständnis der Alliierten erreicht sein muß. Da Sinn und Fortschritt des Dawes-Berichtes die willige Teilnahme Deutschlands an der von ihm vorgeschlagenen Reparationsregelung fordern, wird mit der deutschen Vertretung über die von der Konferenz vorgeschlagene Regelung noch verhandelt werden.

Die Ausdehnungsarbeiten.

Paris, 25. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Während die erste Kommission einstellend lahmgelegt ist, haben die zweite und dritte am Freitag ihre Arbeiten fortgesetzt. Die zweite hat den von ihrer Unterkommission aufgestellten Plan für die ökonomische Räumung der besetzten Gebiete, auf Grund dessen die

Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands bis zum 15. Oktober reiflos durchgeführt

sein soll, angenommen. In der noch immer offenen Frage der militärischen Sicherung der strategisch wichtigen Eisenbahnlinien haben die beiden zu Rate gezogenen Sachverständigen zwei diametral entgegengesetzte Gutachten abgegeben. Während der Franzose Levevre die Eingliederung von 4000 französischen und belgischen Eisenbahnern für unbedenklich erklärt hat, hat der Engländer Anworth sie als eine Vertagung der Sachverständigenprinzipien mit großem Nachdruck verworfen. Nach dem „Temps“ soll ein aus nur zwei oder drei Mitgliedern bestehendes neues Komitee mit der Aufgabe betraut werden, den Boden für ein Kompromiß zu finden.

Das Prager Benzinpanama.

Prag, 25. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag wurde im militärischen Benzinprozeß das Urteil gefällt. Die Verhandlung hat insgesamt 39 Tage gedauert. Es wurden wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt verurteilt: Staatskapitän Boubela zu vier Jahren schweren Kerkers, Oberst im Justizdienst Ottokar Adam zu vier Monaten schweren Kerkers, Kapitän Ludwig Kutielwascher zu 13 Monaten schweren Kerkers, Kapitän Karl Mottl zu sechs Monaten schweren Kerkers und Stabskapitän Karl Dostal zu zwei Jahren schweren Kerkers. Sämtliche Verurteilte wurden degradiert. Zwei der Verurteilten wurden bedingt verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Es handelt sich um die Korruptionsaffäre im Landesverteidigungsministerium, wo maßgebende Organe Benzinfirmen Lieferungen verschafften, ohne Rücksicht darauf, ob die Qualität des Benzins den Bedingungen entsprach und ob nicht billigere Offerten gemacht wurden. Die beteiligten Zivilisten sind bereits schwer verurteilt worden.

Die Entdeckung Ostbergschleiers. Die Wojewodschaft hat wiederum 20 Kindern die Gewöhnung zum Besuch der Minderheitsschule schriftlich entzogen. Die Gründe sind nicht mitgeteilt worden. Die Mehrzahl der betroffenen Eltern hat neue Anträge eingereicht, obwohl dies nach dem Genfer Abkommen nicht nötig ist. — In hohenlande wurden seinerzeit 460 Anträge für die Minderheitsschule gestellt. Es hätten danach sieben Minderheitsschulen eingerichtet werden müssen. Tatsächlich sind aber nur fünf eröffnet worden, so daß 150 Kinder am Besuch behindert sind. Die Behörden haben keine Schritte unternommen, um den Kindern den Besuch der Minderheitsschule zu ermöglichen.

Gewerkschaftsbewegung

„Revolutionäres“ Durcheinander.

Losowski, der Menschewist, reißt zum Raustwurf.

Die „Rote Fahne“ bringt die sehr umfangreiche Debatte des Zentralausschusses über den Bericht vom 5. Weltkongress. Es ist wirklich sehr schwer, über das Gerede dieser Leute, deren Namen nicht veröffentlicht werden, und die ja übrigens auch keinen Namen haben, keine Satire zu schreiben. Wir zitieren daraus einige Stellen. So sagte ein Vertreter des Bezirks Erzgebirge-Bogiland:

„Ein russischer Genosse habe erklärt, daß drei Kongresse zusammen nicht solche Prügel für die Rechten ergeben hätten, wie dieser eine letzte Kongress. . . Der Redner sieht, zur Gewerkschaftsfrage übergehend, die Gefahr des Verfalls der Parteilichkeit durch die Gewerkschaftsentscheidung des 5. Weltkongresses. (Zwischenruf: Keine Sorge!) Die neue Phase der Gewerkschaftsfrage sei von Losowski, einem früheren Menschewisten, eingeleitet worden. Die Einleitung des Manövers sei in einer Form geschehen, die man nicht billigen könne. Der Redner polemisiert gegen die Haltung Heckerts auf dem Gewerkschaftskongress. Eine Liquidation der KPD können wir nicht unterstützen.“

Ein Delegierter der Pfalz ist auch sehr unzufrieden mit „dem Vorkost der russischen Gewerkschaften und der französischen Delegation“.

Ein Mitglied der Zentrale erklärt, daß sich die deutschen Delegierten einheitslich gegen den Vorschlag Losowskis, gegen dessen „Einheitsfrontmanöver“ gewandt haben: „Die Frage ist nicht so zu stellen, ob überhaupt Einheitsfrontbewegung oder nicht, sondern unter welchen Bedingungen kämpfen wir für diese Einheit? Da ist es notwendig, gerade an die Massen zu kommen, um dem Gegner die Massen zu entziehen. Zur Grundlage eines solchen Kampfes kann nur der Kampf gegen das Sachverständigenabkommen genommen werden.“ Die Herstellung der Einheit ist also ein Kampf gegen die Amsterdamer! —

Ein Vertreter der Abteilung „Zelle“, also der Abteilung der KPD, die mit der Zellenbildung ganz besonders beauftragt ist, stellt fest, daß über die Frage der Perspektive keine Differenzen sein können und unterstreicht die Auffassung, daß die Gewerkschaftsfrage die Lebensfrage der Partei ist. Womit ausgedrückt ist, daß es um die KPD sehr schlecht steht.

Der Gewerkschaftsredakteur der „Rote Fahne“ wiederum hält die von dem Kongress zur internationalen Gewerkschaftsfrage eingenommene Stellung im gegenwärtigen Moment und auch in der Form für falsch. Hierin liegt eine Ueberschätzung der Linken Amsterdamer im IGB und des Einflusses der KPD auf die Gewerkschaftsinternationale und eine Unterschätzung des rechten Flügels im IGB.

Aus diesen verirrten Anschauungen geht zunächst eines klar hervor: daß man mit Losowski höchst unzufrieden ist, der des „Menschewismus“ und des „Opportunismus“, was bei den Kommunisten Kapitalverbrechen sind, angeklagt wird. Das hat natürlich die deutschen Delegierten nicht gehindert, gemeinsam mit den Delegierten der anderen Sektionen einmütig Losowski als internationalen Sekretär wiederzuwählen. Das „Manöver“ Losowskis, wegen dessen er in den Augen der Linken reißt zum Ausschluß ist, besteht darin, auf die Einladung, die vom internationalen Gewerkschaftsbund an die russischen Gewerkschaften, zu Einigungsverhandlungen zu kommen, neuerdings gerichtet wurde, im zustimmenden Sinne Stellung genommen zu haben. Die Herstellung der Einheit ist für die KPD, wie der Vertreter der Zentrale ausführt, nur ein Vorwand, um „an die Massen heranzukommen“ und gegen die Gewerkschaften, mit denen man vorzuziehen zu wollen, einen verschärften Kampf zu führen. Wie sehr die KPD die Fühlung mit den Massen verloren hat, geht insbesondere daraus hervor, daß sie den Kampf gegen das Sachverständigenabkommen als besonders günstige Grundlage der Bekämpfung der Amsterdamer betrachtet!

Die Kulturwoche in Leipzig.

Die Leipziger Kulturwoche macht zum erstenmal den Versuch, in den Mittelpunkt der festlichen Veranstaltungen ein Fest der Masse, das Leipziger Gewerkschaftsfest, zu stellen. Die inhaltliche, künstlerische Gestaltung dieses Festes ist unter Leipziger Arbeiterbildungsinstiut übertragen. Das Fest ist unter Ausschaltung des minderwertigen und kitschigen als sozialistisches Volksfest gedacht. Es gehört zu den vornehmsten Aufgaben der Arbeiterkulturbewegung, neue Wege für die Festkultur der Arbeiterschaft zu finden und insbesondere dem Massenfest einen eigenen Stil zu geben. Das Leipziger Gewerkschaftsfest wird ein bedeutungsvoller Schritt auf diesem Wege sein.

Es ist daher den Vertretern der Gewerkschaftsorganisationen wie überall allen kulturtätigen Gewerkschaftlern dringend zu empfehlen, an dieser großen festlichen Veranstaltung, wie überhaupt an der gesamten Kulturwoche in Leipzig teilzunehmen, da von ihr starke Anregungen für die gesamte kulturelle Tätigkeit der Arbeiterschaft, insbesondere auch für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit ausgehen werden. Anmeldungen und Anfragen sind zu richten an das Arbeiterbildungsinstitut, Leipzig, Braufl. 17.

Verbandstag des Deutschen Werkmeisterverbandes.

Würzburg, 25. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Verbandstag des Deutschen Werkmeisterverbandes begann am Freitag in Würzburg im reichen Schmud schwarzrotgoldener Fahnen. Zahlreiche Gäste von Verbänden und Behörden sind anwesend. Die Reichsregierung ist, wie der Vorsitzende Leonhard feststellt, der Einladung nicht gefolgt. Das Reichsarbeitsministerium hat geantwortet, daß ihm leider die Mittel fehlen, um einen Vertreter zu entsenden. Diese Mitteilung löste bei den Delegierten allgemeine Heiterkeit aus. Dagegen begrüßen Vertreter der bayerischen Regierung und der Stadt Würzburg die Tagung.

Die Tagesordnung wurde eingeleitet mit einem Referat von Kurt Heinig-Berlin, dem Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des Verbandes. Er gab einen Ueberblick über die schwebenden wirtschaftlichen Fragen. Ihre Diskussion gab der Verbandstag durch einstimmige Annahme folgender Entschliessung seine Zustimmung zu den Ausführungen des Referenten:

„Der Würzburger Abgeordnetentag des Deutschen Werkmeisterverbandes als die Vertretung von 160 000 Werkmeistern erklärt: Die Durchführung des Sachverständigengutachtens verlangt nicht nur die Tragung langandauernder Riesenleistungen, sondern auch weitere Opfer für Ausfüllung der Lücken, die damit im Staatshaushalt entstehen. Der Werkmeisterverband setzt sich dennoch für Durchführung des Sachverständigengutachtens ein, weil es keinen anderen Weg zur Befreiung von Rhein und Ruhr, zur Schaffung eines wirklichen Friedens und damit für die Voraussetzung zum kulturellen Wiederaufstieg des deutschen Volkes gibt. Der Abgeordnetentag sieht eine Gefahr für die Erreichung dieses Zieles darin, daß die Lastenverteilung nach Grundsätzen vorgenommen werden soll, die nahezu ausschließlich die breite Masse, die Arbeitnehmer zum Träger der Pflicht der Wiedergutmachung verurteilt. Bei Anwendung solcher Grundsätze würde die Erfüllung der Wiedergutmachung scheitern und Deutschland zu neuen, unausdenkbaren Zielen geführt, zumal die Arbeitnehmer zugleich durch eine sozial nicht zu rechtfertigende Verlängerung der Arbeitszeit, durch Abbau der Sozialpolitik und durch Senkung des Reallohnsummens ohnedies auf das äußerste beschränkt sind. Der Abgeordnetentag fordert als unerlässliche Voraussetzung für die ebendiese Durchführung des Sachverständigengutachtens, daß Besitz und Vermögen zur Lastentragung entsprechend mit herangezogen werden. Mit aller Schärfe wendet sich der Abgeordnetentag dagegen, daß der Grundsatz, dem Volke billige Nahrungsmittel zu sichern, jetzt verlassen werden soll. Der Abgeordnetentag des Deutschen Werkmeisterverbandes hält es für unbedingt notwendig, daß die Gewerkschaften entsprechend ihrer Bedeutung durch die Reichsregierung bei der Durchführung des Sachverständigengutachtens und der Schaffung der notwendigen Gesetze gebührende Beachtung finden.“

In der Nachmittagsitzung wurde der gedruckt vorliegende Geschäftsbericht erörtert.

Der Skandal der Schiedssprüche.

Die Arbeiter einer Anzahl Berliner Eisenkonstruktionsfirmen hatten durch den Metallarbeiterverband beim Schlichtungsausschuss den Antrag gestellt, wegen Lohnerhöhungen zu verhandeln. Im Termin wandte der Vertreter des Verbandes Berliner Metallindustrieller ein, eine gemeinsame Lohnerhöhung bei den beklagten Firmen würde einem Tarifabschluß für die gesamte Gruppe gleichkommen. Dazu könne der Unternehmerverband seine Zustimmung nicht geben, da die Firmen gehalten wären, bei der Entlohnung ihrer Arbeiter streng nach dem vom VBRH herausgegebenen Richtlinien vorzugehen. Der Schlichtungsausschuss schloß sich diesem Standpunkt an, indem er in seinem Spruch sagte, daß er die tarifliche Festlegung der Löhne für eine einzelne Gruppe der Berliner Metallindustrie für „unzumutbar“ hält. Er empfahl, mit den Firmen einzeln zu verhandeln und hält sich, sollten diese Verhandlungen scheitern, zur Vermittlung bereit.

Dieser Spruch zeigt wieder einmal die Einstellung des Schlichtungsausschusses unter dem System des Reichsarbeitsministers. Der Schlichtungsausschuss folgte ganz einfach den Ausführungen des Unternehmervertreters. Es ist ein Skandal, daß die Schlichtungsinstanzen, wo die Unternehmer es wünschen, sich weigern, für Berufsgruppen Schiedssprüche zu fällen.

Als dagegen im Mai bei demselben Schlichtungsausschuss etwa 70 Beschäftigten auf Lohnerhöhungen aus der Metallindustrie vorlegten, wies der Schlichtungsausschuss den Verhandlungen dadurch aus, daß er eine kollektive Regelung der Lohnstreitigkeiten festsetze. Die Verhandlungen darüber blieben übrigens ergebnislos, weil der Schlichtungsausschuss keine höhere als die von den Unternehmern zugestandenen Löhne festsetzen wollte. Bei den Eisenkonstruktoren wieder verweigern die Unternehmer den Abschluß eines Gruppenarabes, und der Schlichtungsausschuss findet wiederum nicht den Mut zur Tat. Damit hört der Schlichtungsausschuss aber auf, eine überparteiliche Instanz zu sein; er macht sich zum ausführenden Organ der Unternehmerverbände.

Die Unternehmer daß kleinere Uebel.

Genosse Doerwald, Stadtrat von Schöneberg, schreibt uns: Als der Streik der Zimmerer ausbrach, erhielten wir in Schöneberg die Erlaubnis, die beim Bau des Schwimmbassins als Einschleper tätigen 6 Zimmerer weiter zu verwenden. Nach Beendigung dieser Arbeit verweigerten die Zimmerer den Aufbau der Kabinen, da sie hierfür keine Erlaubnis hätten und inzwischen der verächtliche Generalstreik erklärt worden sei. Wir wandten uns sofort an den Verband und wurden auf die am gleichen Tage stattfindende Sitzung der großen Streikleitung verwiesen. Auch in dieser Sitzung wurde unbegreiflicherweise unser Antrag abgelehnt. Wir können nur annehmen, daß die Streikteilnehmer einseitig informiert worden sind, daß man insbesondere nicht mitgeteilt hat, daß wir die Arbeiten in eigener Regie ausführen. Da durch diesen Standpunkt die Benutzung des Bades für dieses Jahr in Frage gestellt war, zum Schaden der zum Bau verwandten Arbeitergrößen, legten wir uns mit dem Bezirksbetriebsrat in Verbindung und teilten ihm mit, daß wir nunmehr gezwungen seien, durch einen herbeizuführenden Beschluß des Bezirksrats, sämtliche bei uns im städtischen Dienst beschäftigten Zimmerleute und Tischler für diese von uns ausgeführte Regiarbeit heranzuziehen.

Der Betriebsrat ersuchte, mit Rücksicht darauf, daß sich die Zimmerleute noch im Streik befänden, nochmals mit der Organisation Rücksprache zu nehmen. Dem Wunsch des Betriebsrates kamen wir nach und begaben uns — Herr Vermessungsrat Jarosch als technischer Leiter und ich als Delegierter — für das Bezirksamt zum Streikbureau, um eine den Interessen der Allgemeinheit dienliche Regelung zu erreichen.

Der Vorsitzende des Betriebsrats trug in kurzer, sachlicher Form die Angelegenheit vor, worauf eine ebenso kurze und sachliche Antwort genügt hätte. Herr Strehl hielt es aber gar nicht für nötig, zu den Ausführungen des Arbeitnehmervertreters klar Stellung zu nehmen, sondern wandte sich an uns mit einem Vortrag von circa 20 bis 30 Minuten über Unternehmertum und Kapitalismus. Ich habe schon viel erlebt, aber eine derartige unsachgemäße, fast leichtfertige Stellungnahme eines Gewerkschaftsvertreters ist mir bisher noch nicht vorgekommen. Da alles, was Herr Strehl vorbrachte,

dem üblichen Schema F entsprach, erklärte ich ihm: „Das verstehe ich nicht; was hat denn das mit dem Kampfe gegen die Unternehmer zu tun?“ Auf diese Frage sagte Herr Strehl wörtlich: „Was heißt Unternehmerr! In diesem Kampfe sind die Unternehmerr das kleinere Uebel! Unser Kampf richtet sich hauptsächlich gegen die Berliner Gewerkschaftsbewegung!“ Diese Worte beleuchten wohl am besten die Stellungnahme, die Herr Strehl bei unserer Verhandlung eingenommen hat. Jedes Drehen und Wenden darüber ist überflüssig. Nicht „sinngemäß“ sind die Worte wiedergegeben, sondern sie sind wörtlich dem Munde des kommunistischen Gewerkschaftsvertreters Herrn Strehl entflohen. Eine weitere Kennzeichnung dürfte sich erübrigen.

Beilegung des Gemeindearbeiter-Lohnkonflikts.

Nachdem die bisherigen Schiedssprüche in der Lohnbewegung der Gemeindearbeiter von den Arbeitern abgelehnt worden waren, haben gestern auf Einladung des Magistrats erneut Verhandlungen stattgefunden. Der Magistrat hat sich durch den bisherigen Verlauf der Lohnbewegung davon überzeugt, daß sein Standpunkt nicht mehr haltbar ist. Nach verhältnismäßig kurzen Verhandlungen wurde gestern folgende Regelung getroffen. Es erhalten:

Ungelernte Arbeiter, die weniger als ein Jahr in städtischen Diensten stehen 44 Pf. pro Stunde; bei einer Beschäftigung über einem Jahr 45 Pf., über drei Jahre 46 Pf., über fünf Jahre 47 Pf. Die Sätze für Handwerker betragen unter den gleichen Voraussetzungen 61, 62, 63 und 65 Pf. Als Handwerker gelten alle Arbeiter mit handwerksmäßiger Ausbildung, die in ihrem Beruf beschäftigt werden, und Kohrleger. Angelernte Arbeiter erhalten unter dreijähriger Beschäftigung 50 Pf., über drei Jahre 51 Pf., über fünf Jahre 52 Pf. Als neue Gruppe ist die Gruppe der angelernten Arbeiter mit verantwortlicher Tätigkeit geschaffen worden, die 61 Pf. Stundenlohn erhalten. In diese Klasse fallen alle Arbeiter, die bisher in der Gruppe der gelernien Arbeiter waren, aber nicht handwerksmäßig ausgebildet sind. Die Gruppe der qualifizierten Handwerker fällt in Zukunft fort. Die Bezahlung aller anderen Gruppen regelt sich im bisherigen Verhältnis; der Gehaltelohn bleibt unverändert. Die Vereinbarung enthält ferner die Bestimmung, daß höhere Löhne bestehen bleiben müssen. Der Schiedsspruch des Zentralausschusses bleibt vom 1. bis 27. d. M. in Geltung. Die vorgenannten Löhne treten am 28. d. M. in Kraft. Die Vereinbarung gilt bis zum 30. September 1924; der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat sich aber vorbehalten, neue Lohnforderungen zu stellen, sobald die Lebenshaltung der Arbeiter sich veräuern sollte.

Die Funktionäre der Gemeindearbeiter haben der Lohnvereinbarung nach einem Bericht von Volonste gestern abend gegen eine erhebliche Minderheit zugestimmt. Damit ist der Lohnkonflikt beigelegt.

Vertagung der Toller-Feier.

Die für den 28. Juli im Großen Saal des Gewerkschaftshauses geplante Toller-Feier muß wegen plötzlicher Erkrankung des Dichters auf einen späteren Termin vertagt werden. Die bereits gelösten Karten behalten ihre Gültigkeit. Den neuen Termin werden wir noch rechtzeitig veröffentlichen.

Freie Gewerkschafts-Jugend. Freie Angestellten-Jugend.

Vor neuen Betriebsbeschränkungen im Ruhrrevier?

Hörde, 25. Juli. (Zl.) Schon im Juni war von der Zeitung der „Phönix“ beim Demobilisierungskommissar der Antrag gestellt worden, der Schließung oder Einschränkung einer Anzahl von Betrieben, wodurch 2000 bis 3000 hiesige Arbeiter betroffen werden, zuzustimmen. Die Phönix-Direktoren haben neuerdings beantragt, die Anfang August ablaufende Sperrfrist abzukürzen, damit schon in dieser Woche die beabsichtigten Stilllegungen ausgeführt werden könnten. In einer Vollversammlung der Vertreter der Arbeiterschaft, der Industrie- und Handelskammer Dortmund und der Stadt Hörde erklärte der Vertreter der Regierung sich gegen die beantragte Abkürzung der Sperrfrist, die nach den Ausführungen der Verleitungen aus der Not der Verhältnisse geboten sein soll.

Ausperrung in der westfälischen Textilindustrie.

Nach einem Drahtbericht des „Konfektionär“ hat die Wollgarn-Spinnerei Grimmitzschau ihrer gesamten Belegschaft gekündigt. — In der Schmöllner Knopfindustrie sind neue Einschränkungen durch weitere Kurzarbeit und teiltweilge Entlassungen erfolgt.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Caterans; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Journalistik: Dr. John Schilowski; Lokales und Sonstiges: Walter Kröner; Anzeigen: H. Gies; sämtlich in Berlin. Verlags: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen.



Wenn Sie wüßten

wie sicher und bequem Sie Ihre Hühneraugen und Hornhaut durch „Lebewohl“

los werden, würden Sie sich nicht erst mit minderwertigen Mitteln herumärgern. „Lebewohl“ wirkt durch Filzring sofort schmerzlindernd. Kein Verrutschen, kein Festkleben am Strumpf.

— Seit 20 Jahren bewährt. —

In Drogerien und Apotheken zu haben.

Verlangen Sie ausdrücklich Lebewohl mit Filzring!

Güßstoff spart teuren Zucker!

Stillerer Schluß: Montag

Wirkliche Gelegenheitskäufe zu kaum wiederkehrenden Preisen

Saison-AUSVERKAUF

Sonntägliche Wanderziele.

Eine steinreiche Gegend.

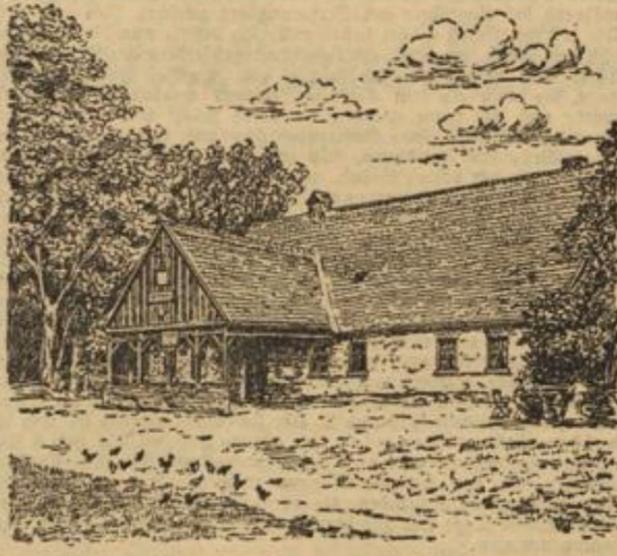
Viele Strecken in der Mark Brandenburg zeichnen sich durch einen außerordentlich großen Reichtum an Steinen aus. Felsentrümmer der verschiedensten Gebirgsarten finden sich hier, obwohl nirgendwo festes Gestein zutage tritt. Lange Zeit dachte man darüber nach, wie die Steine wohl hierher gekommen sein mochten, ohne des Rätsels Lösung zu finden. Immer neue Theorien tauchten auf und warfen die einen über den Haufen. Schließlich kam man dann zu der Anschauung, die heute noch herrscht, und die wohl zweifelsfrei den Steinreichtum märkischer Landschaften erklärt. Bestimmte Anzeichen, die sich in anderer Weise nicht deuten lassen, erbringen den Beweis, daß das Eis die Ursache der vielen Steine auf und in dem Boden der Mark ist. Etwa zehn- bis zwanzigtausend Jahre vor dem Heute ging ein erdgegeschichtlicher Zeitabschnitt zu Ende, in dem die Mark Brandenburg, ebenso wie das norddeutsche Tiefland und andere Teile Europas sowie Nordamerika, unter einer Eisschicht von mehreren hundert Metern Mächtigkeit begraben lag. Das Eis, das Norddeutschland bedeckte, kam von Skandinavien herab. All die Gesteinsblöcke, der Lehm, Sand, Kies, kurz, die gesamte äußere Erdschicht Norddeutschlands bis zu einer bald mehr, bald minder großen Tiefe ist in Skandinavien beheimatet. Sie bildet die Moräne des eiszeitlichen Inlandeises. Wir wandern also eigentlich auf fremder Erde, wenn wir die Mark Brandenburg durchstreifen. An den Stellen, an denen der Eisrand längere Zeit still lag, wo von Norden her also soviel Eis nachfloß, wie am Ende der Inlandeisecke abschmolz, türmten sich besonders viel Gesteinsblöcke auf. Die feineren Gesteinstelken wurden von den Schmelzwässern des Eises ausgewaschen und fortgespült. Eine derartige Moräne, die am Ende des Gletschers gebildet wurde, ist eine Endmoräne. Besonders die Uckermark ist reich an solchen Endmoränengebieten. Eins von ihnen, die Gegend um Joachimsthal, wollen wir heute aufsuchen.

Vom Stettiner Fernbahnhof fahren wir über Eberswalde (umsteigen) bis Alt-Hüttendorf an der Bahn nach Templin (Sonntagskarte bis Joachimsthal lösen). Am Bahnhof Alt-Hüttendorf sind die Anlagen, in denen die in der Endmoräne gewonnenen Steine bearbeitet werden. Man stellt aus ihnen Plastersteine her; die größeren Blöcke liefern Schwellen und Sockelsteine sowie Fundamentsteine. Der Abfall und die kleinen Steine gelangen in das Schotterwerk, das ebenfalls dicht am Bahnhof steht, und werden hier zu Schotter zerfeinert, wie er für Eisenbahnen und Chausseen verwendet wird. Vom Schotterwerk wandern wir in südöstlicher Richtung auf der Angermünder Chaussee neben dem Gleise der Feldbahn zu den Steingruben in den Blow-Bergen. Hier ist der Gesteinsreichtum der Endmoräne aufgeschlossen. Dicht gepackt liegen hier die Gesteine aneinander, vom kleinsten Steinchen bis zum riesigen schweren Block. Gesteine werden die Steine genannt, weil sie vom Eis weiter geschoben wurden. Bis über 10 Meter ist man in die Tiefe gegangen. Die Zwischenräume zwischen den einzelnen Steinen werden von kalkig-tonigem Mergel ausgefüllt, der eine graublaue Färbung zeigt. Da der Mergel die Gesteine mit sich führt — sie sitzen in ihm wie die „Näseln im Kuchen“ — heißt er Gesteinmergel. Nach der Oberfläche zu geht der graublaue Mergel in gelbbraunen Lehm über, der von der schwärzlichen Humusschicht bedeckt wird. Der Lehm ist ein erkalteter Mergel; der Kalkgehalt ist durch die Tageswässer (Regen- und Schneeschmelzwasser) ausgelaugt und in die Tiefe geführt worden. Wir wandern an den Blow-Bergen nach Norden. Von der Höhe haben wir einen schönen Blick in die Uckermark. Im Westen liegt Alt-Hüttendorf, im Osten sehen wir Groh- und Kleinziechen; auch der weiße Turm von Schmargendorf bei Angermünde taucht hier am Gesichtskreis auf. Die Blow-Berge steigen als ein schmaler Höhenzug deutlich aus dem umgebenden Gelände empor. Wir können sehr gut den Verlauf der Endmoräne verfolgen. Nach Süden zu fällt das Gelände allmählich ab; hier nahmen die eiszeitlichen Schmelzwässer ihren Weg zum Urstromtal bei Eberswalde. Dieses Gelände, das Vorland der Endmoräne, dessen Kalkgehalt vom Wasser fortgeführt wurde, hat einen nährstoffreicheren Boden; er trägt Kiefern, oder, wo er beackert wird, Kartoffeln und Roggen. Das Gelände nördlich der Endmoräne jedoch, ihr Hinterland, hat fruchtbaren Lehmboden, auf dem Buchenwälder, Weizen und Acker gedeihen. Hier haben wir den fruchtbarsten Teil der Uckermark, der zwar Steine trägt, aber auch Brot. Uhlands

Worte aus der Schwäbischen Kunde: „Biel Steine gabs und wenig Brot“, treffen hier nicht zu. Alt-Hüttendorf, das wir nun erreichen, liegt am Grimnitzsee. Vom hochgelegenen Friedhof des Dries übersehen wir die weite, nahezu kreisrunde Wasserfläche. Der See ist der Rest eines einstigen Staubeckens, das sich hinter der Endmoräne bildet, da der Woll den Abfluß des Wassers erschwerte. Am Seeufer wandern wir gen Nord; rechts abwärts liegt Amt Grimnitz. Am Rand der Forst Grumfin und am Leistenhaus vorüber kommen wir nach Joachimsthal. Hier steht ein ganz gewaltiger Block als Gedenkstein. Er wurde beim Hausbau im Ort aufgefunden und dankenswerterweise nicht vernichtet. Vom Bahnhof Joachimsthal fahren wir über Eberswalde nach Berlin zurück. Weglänge etwa 17 Kilometer.

Velten — Rauhen.

In Velten, das wir vom Stettiner Vorortbahnhof aus über Tegel erreichen, beginnen wir die Wanderung. Das Dorf ist durch seine Rochefabrik weltberühmt geworden. Es liegt am Rande einer Hochfläche, an der sich im Osten das Havelland entlang-



zieht. Hier werden die Tonmergel, Gebilde der Eiszeit, abgebaut, die den wertvollen Stoff zur Herstellung der Rocheln geben. Vom Bahnhof wenden wir uns südlich über die Bahn gen West nach Marzlik. Dieses Dorf wird bereits in einer Urkunde von 1350 erwähnt, die die Orte aufzählt, die zum Bezirk der feste Böhlow, dem heutigen Dranienburg, gehörten. Wir wandern durch das langgestreckte große Dorf und kommen weiter in westlicher Richtung zum Wald. Ein echter märkischer Kiefernwald ist es, mit sandigen Wegen, die häufig von schimmernden Birken eingefasst sind. Aber auch ein solches Gebiet hat seine Schönheiten, man muß sie nur zu finden wissen. Und dann ist ja der Weg nicht so lang, um beschwerlich zu werden. Bald hinter dem Forsthaus Wonsdorf geht es halbwegs ab an eine breite Fahrstraße, der wir nach rechts folgen. Der Wald wird angenehmer. Rechts vom Wege steht ein alter Sandsteinobelisk, ein Meilenstein. Wir wandern jetzt auf der ehemaligen Poststraße von Berlin nach Hamburg. Eine kleine Lichtung inmitten des Waldes tut sich auf; die Straße führt über sie hin. Hinter hoch liegt der Ziegenkrua, ein Gasthaus mit großem Vorbau (siehe Abbildung). Die alte Zeit taucht vor uns auf, jene Zeit, als der Schienenweg mit dem Dampfzug noch unbekannt war. Die schwerfällige Postkutsche rumpelte vor den Krug, die Reisenden erholten sich von den Strapazen der Fahrt, während frische Pferde vorgespannt wurden, und mit Hörnerschall und Geißelknall ging die Reise dann weiter. Jetzt liegt der Ziegenkrua einsam im weiten Wald; nur selten nimmt hier ein Fuhrwerk seinen Weg vorüber. Der Verkehr hat andere Strohen und andere Mittel gefunden. Westlich vom Ziegenkrua beginnt der Krämer, ein Kiefernwald mit zahlreichen Eichen. Starke Fluglärmeerhebungen haben hier ein sehr schönes

Dünengebiet geschaffen. Am Ende der Eiszeit war das Land vom Pflanzenwuchs entblüht. Der Wind konnte den Sand unbehindert zusammenwehen. Als dann nach und nach die Pflanzenwelt in das vereist gewesene Gebiet ihren Einzug hielt, wurde der Boden gefestigt; mit der Dünenbildung war es vorbei. Als Rämme von meist bogenförmiger Gestalt zogen sich die alten Dünen durch den Wald. Der Dünenrand ist ein recht nährstoffreicher Boden; unter ihm liegt jedoch der nährstoffreichere der Hochfläche, in den die tiefwurzelnden Eichen hinabreichen. Nur so ist es zu erklären, daß diese Baumart hier gedeihen kann. Die Hochfläche, über die wir wandern, ist der Glien (aus dem slavischen, Lehm oder Ton bedeutend). Der Rand dieser Hochfläche ist mit fruchtbarem Gelschiebelehm bedeckt, wie bei Velten; hier liegen auch die Ortschaften, während das Innere unbewohnt ist und nur Wald trägt, da der Dünenboden als Ackerland keinen genügenden Ertrag gibt. Zwischen zwei Urstromtälern erstreckt sich der Glien, dem Berliner im Süden und dem Eberswalder im Norden. In dem Berliner Tal zieht sich das Havelland hin, im Eberswalder das Rhinluch. Bei Forsthaus Krämerpsuhl kreuzen wir die Chaussee von Perwenitz nach Behlefang. Etwa 25 Minuten weiter wenden wir uns an der Wegkreuzung nach links. Wir verlassen die breite Hamburger Poststraße und den Krämer und kommen nach Bärnick. Von hier wandern wir auf der Chaussee in südlicher Richtung weiter. Wir sind am Rande des Glien, vor uns dehnt sich die weite Ebene des Havellands aus. Am Ende des 17. Jahrhunderts wurde das Luch entwässert. Wertvolles Biefengelände wurde gewonnen, das der Viehwirtschaft dient. Zahlreiche Entwässerungsgräben wurden gezogen, auch Dämme wurden aufgeschüttet, um bei Ueberflutungen die Gewalt der Wassermassen zu brechen und gleichzeitig als Fahrwege zur Verbindung der neuangelegten Siedlungen zu dienen. Zur Rechten ragen die gewaltigen Türme der Großkunkelstation Rauhen auf, von der die elektromagnetischen Wellen um den ganzen Erdball eilen. Wir überschreiten den havelländischen Hauptkanal, der von Nieder-Neuendorf an der Havel bis nach Hohennauen nördlich von Rathenow führt, und der das Wasser aus all den kleinen Gräben des Luchs aufnimmt. Eine kurze Wanderung, und wir sind in Rauhen. Die Stadt liegt auf einem alten Lebergang über das Luch, auf dem Südufer des Urstromtales. 1292 wurde Rauhen zur Stadt erhoben; vorher war hier nur eine Ritterburg und ein Dorf mit Pfarrkirche, die in Urkunden aus den Jahren 1186, 1195 und 1197 erwähnt werden. Die bei Rauhen gelegene Feldmark zeichnet sich durch große Fruchtbarkeit aus; früher nannte man sie den „Fettpott“. Rauhen ist der Endpunkt des Sorortverkehrs der Hamburger Bahn. Ueber Finkenkrug und Spandau fahren wir nach Berlin zurück. Weglänge etwa 26 Kilometer.

Aber...

Ferientage und Urlaubswochen geben jetzt vielen Menschen Gelegenheit, ein Stündchen oder zwei zu verplaudern, müßig zu sitzen und mit Nachbarn so allerhand Betrachtungen anzustellen. Wenn man in diesen Tagen die Bänke in den öffentlichen Parks und auf den großen schattigen Plätzen sieht, findet man, daß sie, namentlich in den Nachmittags- und Abendstunden, von Frauen besetzt sind, die auf die in der Nähe spielenden Kinder acht haben, dabei — fleißig, wie Frauen nun einmal sind — irgendeine Handarbeit in den Fingern halten und ein Schwätzchen machen. Wenn gute Reden sie begleiten, fließt bekanntlich die Arbeit besser und schneller fort. So plaudert man mit der Nachbarin auf der Bank, die man meistens nicht kennt, die aber ebenfalls gerne Rede und Gegenrede wechselt. Mit den guten Reden allerdings, die man bei diesen Plauderstündchen hört, hat es so seine eigene Bewandnis, und wenn man die Probe aufs Exempel macht, sich zu den Plaudernden gesellt und ihnen hurtig dahinsplätschernden Gesprächen lauscht, wird man bald eines anderen belehrt, was traurig genug stimmt. Man unterschätzt sich über die Preise, die wieder anziehen, man orakelt, was wohl alles der Winter bringen werde an Kälte, Teuerung und Lebensmittelknappheit, man fragt sich, wie die neue Mode der Kleider, Mäntel und Hüte ausfallen werde, man freut sich an dem schönen, warmen Wetter und hofft, daß es noch recht lange anhalten werde. Niemand wird sich über derartige Unterhaltungen verwundern oder gar entrüsten, und sein vernünftiger Mensch wird erwarten, daß die Frauen, die hier ein paar Stunden von Hausarbeit und häuslichen Sorgen aufatmen und ausruhen, zu großen sozialen, politischen oder gar philosophischen Problemen Stellung nehmen. Aber dann bringt jemand das Gespräch auf einen gemeinsamen Bekannten, der sich in diesem Sommer wieder eine Erholungsreise hat leisten können, während man selbst auch diesmal wieder in der heißen, staubigen und

42] Die Venus von Syrakus.

Von Clara Rakta.

(Schluß.)

Fragen und Antworten gingen hin und her. Wahrlich, eine Bühne!

„Jeden Tag arbeitete ich am hinteren Tor, schließlich bewegte es sich. Ein jeder weiß, daß der Vogel aus seinem Türchen fliegt, wenn man es nur genügend weit öffnet.“ hörte Livia, „und ich hatte Glück. Am zweiten Tage ging die Prinzessin unter den Delbäumen spazieren.“ Ganz triumphierend schneite er es heraus.

Jetzt aber packte ihn etwas am Kragen. Jawohl, man hatte ihn frei lassen lassen, nun aber sollte er seine Helfer nennen.

„Nie — niemals werde ich es tun, und wenn es mich den Kopf kostet,“ rief er in der Hochflut seines Gefühls. Ein Gemurmel erhob sich. Das — ja — war es nicht Beifall?

Mit funkelnden Augen sah Renzo ins Publikum hinein. „Ein Verräter ist ein Schuft!“ rief er. „Der Prinzessin ist nichts Böses widerfahren, ich verrate nicht!“

Von diesem Augenblick an wogten die Meinungen hin und her.

Renzo, von seinem Advokaten angestachelt, war nicht zu halten. „Ganz Sizilien hat man durchgesehen. — Her mit dem Sieb des Prinzen, verschut es noch zehnmal, hundertmal! Man wird nichts finden.“

Seine ungezügelte Keckheit brachte ihm Freunde.

Scharf und eng spannte ihn das Verhör ein. Einmal sprach auch Livia. Ganz klar und ruhig. Alles stimmte mit dem überein, was Renzo sagte.

Da war wieder ein gelbes, hämisches Lächeln im Saal. Branco bebte vor Wut. Er wußte längst, was für ein blinder Narr er gewesen war.

Der oberste Ankläger, der einen starken Instinkt für große Wirkungen hatte, die seinen Namen eingraben sollten, hatte sein Urteil längst fertig. Er brauchte gleichsam nur in die Tasche zu greifen und es herauszuziehen. Sechs scharlachrot

gekleidete Diener, die genau um seinen Willen wußten, standen ihm zur Verfügung.

Er donnerte seine Rede in den Saal hinein, als handelte es sich um einen Königsmörder.

„Zehn Jahre schweren Kerker!“ rief er zum Schluß, während sich seine diabolisch hochgestrichenen Augenbrauen sträubten, „und sofortiges Zertrümmern dieses Schandbildes!“ Damit wies er auf die Venus, die im schräg einfallenden Sonnenlicht stand. Fast schien es, als zuckte ein lebender Leib.

Die scharlachroten Diener stürzten vorwärts, wollten sie fortjagen.

Die Zuhörer begriffen nicht, glaubten, man würde vor ihren Augen die Herrliche zerschlagen.

Ein Ruf der Empörung — und dann?

„Erviva Branco, erviva Branco!“

Sisso war auf das Podium gesprungen, hatte den ersten zurückgeschleudert und wendete nun mit der ganzen in ihm wohnenden Kraft das Steinbild, so gut er es vermochte, dem Saale zu.

Bisher hatte man nur den Rücken, das Profil der Statue gesehen, jetzt erblickten viele, wenn auch nicht alle, den meisterhaft gelungenen Kopf.

„Erviva Adriani, erviva Adriani!“ scholl es hinaus. Renzo dankte gerührt, erschüttert. Dabei hob und senkte er immer wieder die gebundenen Hände.

„Künstler — Künstlerhände!“ rief es aus der Menge.

„Erviva Adriani, erviva Branco!“

So viel Spannung war in dem Saale, sie mußte sich entladen.

Währenddessen sprach der kluge Advokat und Begleiter Fratelli heftig auf ihn ein. Fratelli sträubte sich, wurde barsch, doch der Mann ließ nicht nach.

Jetzt gab es ihm einen Ruck. Er trat vor und rief laut: „Ich schenke die Statue der Prinzessin Livia di San Cataldo.“

Livia stand auf und verbeugte sich dankend.

Sie erkannte jubelnd ihre Zukunft: nein, jetzt konnte und würde der Prinz sie nicht mehr halten.

Als die Erregung verebbte, hatte alles ein anderes Gesicht.

Die Schönheit, den Römern seit undenklicher Zeit so vertraut wie ihr Herzschlag, hatte gesiegt.

Die Venus von Syrakus blickte auf sie herab.

Wohl hörten sie, daß der verwegene Sizilianer auf lange Zeit eingesperrt werden sollte, doch sie glaubten es nicht.

Man sagt, daß alle Wege nach Rom führen, doch auch durch Rom führen viele Wege, und wer sie kennt, dem öffnen sich die Türen, und wären sie noch so fest verschlossen.

Man grollte, doch man wußte, dies kann nicht das letzte Wort sein!

Renzo wurde abgeführt. Ein drausendes „Erviva“ tönte ihm nach.

War es nicht Erfüllung? Kam sie nicht schneller als er gehofft hatte? —

Nach ganz kurzer Zeit schon schlich die Nachricht durch die Salons von Rom, dieser Renzo sei in einem Benediktinerkloster in den Albanerbergen; er hätte einen einflussreichen Fürsprecher gehabt.

Es war merkwürdig, wie viele Damen der Gesellschaft in den nächsten Wochen und Monaten den unwiderstehlichen Drang in sich fühlten, frommen Gemütes zu den Niederlassungen der Benediktiner zu wallfahrten.

Eine wahre Befehlsherrschaft griff um sich.

Sie wurde erst gestillt, als die hartnäckigste Bisherin herausgefunden hatte, wo man Renzo Adriani versteckt hielt.

Doch die Mönche waren nicht der Meinung, daß sein Anblick die Zerknirschung fördern könnte.

Auf die Dauer jedoch vermochten sie ihr Kloster den freigebigen Besucherinnen nicht ganz zu verschließen.

Als die erste Römerin Renzos Arbeitsraum betreten hatte, fanden sie keinen Grund, eine zweite und dritte abzuweisen.

Schließlich verlegten sie das lichte Gefängnis in ein Nebengebäude, damit die klösterliche Ruhe nicht allzusehr gestört wurde.

Denn nun war der Ehrgeiz einer jeden, die sich für schön hielt, durch Renzos Hände eine zweite Venus zu werden.

Armer Renzo, wie haben sie dein Künstlerium bedroht; wie viele Frauennamen gingen ihm wieder durch den Kopf! Doch die Kunst war seine Herrin.

In einer abgelegenen Villa in Siziliens Bergland steht die Venus des Renzo Adriani.

Heute noch, wie vor hundert Jahren, wird sie von einem jungen Grafen Sisso di Branco vergöttert und geschmückt.

stüftigen Stadt hat bleiben müssen, trotzdem man doch ebenfalls eine Erholung so notwendig hätte. Und nun ist man im richtigen Fahrwasser, jetzt ist man beim Lieblingssprach angelangt, den lieben Nächsten zu kritisieren und durchzubohlen. Die Gerechtigkeit verlangt das Eingeständnis, daß derartige Gespräche nicht nur Frauen, sondern auch viele Männer mit Vorliebe pflegen. Und jetzt, wenn kommt ohne irgendeine Einschränkung, ohne ein kritisches Aber fort. Da wird dieser und jener wegen aller möglichen Eigenschaften gelobt, aber kommt dann zum Schluß jemand, er hat dies und das und er treibt es so und so. Überall fast daselbe Thema und überall geht es ohne Aber und ohne Einschränkung nicht ab. Gewiß, nirgends gibt es Idealwesen, und die Menschen sind Gott sei Dank keine Engel, jene indessen, die so streng kritisieren und mit dem Aber so verschwenderisch umgehen, haben häufig genug selbst die Kritik am meisten zu befürchten.

Rur einmal glaube ich das reine Lob eines Mannes singen zu hören. Man erzählte von ihm, wie sparsam er sei, wie fleißig und nüchtern und wie selbstlos er für seine Familie Sorge. Ich atmete ordentlich erleichtert auf und wollte eben den Plaudernden meine Freude darüber ausdrücken, daß sie nicht in den allgemeinen häßlichen Fehler des Aber verfallen seien, da jagte nach einer kleinen Pause eine Stimme mit Nachdruck und starker Betonung: „Aber er ist Sozialdemokrat!“

Soldaten der Republik.

Der Parademarsch im Bierlokal.

Als am letzten Donnerstag wieder im Garten des „Brauereiausgangs Friedrichshagen“ ein öffentliches Militärkonzert stattfinden sollte, ließen es sich etwa 20 Reichsbannerleute nicht nehmen, dorthin zu gehen, um zu sehen, was sich abspielen würde. Trotzdem die Halenkreuzler zehrfach vertreten waren, wollten sie es nicht, die Reichsbannerleute zu belästigen, die so auf ihre Weise für die Republik demonstrieren. Das Konzert selbst wurde vom Musikkorps der III. Nachrichtenabteilung (Potsdam) ausgeführt. Soweit ging alles ganz gut. Wie groß war aber das Erstaunen der Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, als plötzlich auf der Bühne noch 15 Spielleute der Reichswehr in voller Uniform und mit dem Stahlhelm auf dem Kopf einen regelrechten Parademarsch ausführten. Daß die anwesenden Nationalisten und Halenkreuzler hierzu den Beifall nicht versagten, erscheint selbstverständlich. Aber nicht so selbstverständlich sollte man die Tatsache hinnehmen, daß jetzt schon Reichswehrangehörige mit dem Stahlhelm auf dem Kopf im Garten eines Bierlokals Parademarsch ausführen. Ist Herr Gehler in seiner Eigenschaft als Reichswehrminister damit einverstanden?

Ein Mäglischer Reinfall.

Die Deutschösterreichische Freiheitspartei hatte am Freitagabend in der Schulaula in der Reichsberger Straße eine öffentliche Versammlung einberufen. Zu ihrem Leidwesen stellte es sich heraus, daß der vorgesehene Referent am Erscheinen verhindert war. Der Vorsitzende mußte, nachdem er einige nichtssagende Worte über das Sachverständigen-Gutachten vom Stapel gelassen hatte, dem Wunsche der Versammlung nach einer Diskussion hierüber willfahren. Da zeigte es sich, daß die übergröÙe Mehrheit der Versammlung gegen die deutschösterreichischen Katastrophepolitiker Stellung nahm und mit den in unserem Sinne sprechenden Diskussionsergebnissen gegen die wirklichen Kriegsverbrecher und Verlängerer à la Ludendorff scharf ins Gericht ging. Am komischsten wirkte es, als der stellvertretende Vorsitzende seiner eigenen Partei wegen des Nichterscheinens des Referenten drastische Worte der Anklage widmete, die man nicht anders als einen „Dolchstoß von hinten“ bezeichnen kann. Inzwischen war ein Erschwerer erschienen, der sofort mitten in der Rede eines unserer Genossen das Wort ergreifen wollte. Er mußte sich aber von der Versammlung belehren lassen, daß es parlamentarischer Brauch ist, den anderen Redner erst ausprechen zu lassen. Ein deutschösterreichischer Herr aus dem Vorstand war darüber vermessen aus der Fassung geraten, daß er die zum Schutze der Versammlung eingesetzte Polizei herbeirief. Der führende Leutnant schien wohl auch falsch instruiert worden zu sein, denn er drohte, diejenigen Personen „zwangszustellen“, die es unternehmen würden, die Versammlung zu fören. Darauf forderte einer unserer

Genossen dazu auf, die Böllischen unter sich zu lassen, wobei ich herausstellte, daß nur noch ein Bäderbühnen übrig blieb. Die Polizei sah den Schuß der Versammlung so auf, daß sie unseren Genossen, der ein Hoch auf unsere Partei ausbrachte, festnahm. Wie kann man auch in einer „Böllischen“ Versammlung, in der die Sozialisten die Mehrheit haben, solchen „Frevel“ begehen! Ober sollte republikanische Schupobeamte die Heroen verloren haben?

Der Mord an dem Kaufmannslehrling Zeller.

Widerprechende Aussagen.

Zu dem Mord in der Firscheide wird mitgeteilt, daß sich das Verdachtsmaterial gegen den jungen Hellriegel, zu mindestens von dem Tode des Paul Zeller etwas gewußt zu haben, so verstärkt hat, daß er dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurde. Die weiteren Ermittlungen aber machen diesen Mord immer rätselhafter.

In den letzten Tagen sind alle Eisenbahnbeamten vernommen worden, die am 1. Juli die fragliche Bahnstrecke befahren haben. So sagte ein Lokomotivführer aus, der eine leere Maschine von Beelitz nach Nauen brachte, folgendes aus: Um 12 Uhr 25 Min. passierte er die Strecke zwischen den Bahnhöfen 64 und 65. Zu gleicher Zeit sah er eine männliche Leiche auf dem Bauche, Kopf nach unten, eine kurze Strecke von dem Bahndamm entfernt an einem Gebüsch liegen. Es ist dies unzweifelhaft Zeller gewesen. Er machte den Heizer darauf aufmerksam, doch konnte dieser nichts mehr sehen. Zwischen 12 $\frac{1}{2}$ —12 $\frac{1}{2}$ Uhr hörte der Zugführer eines Personenzuges, der von Nauen nach Treuenbrietzen fuhr, in der Nähe des Hundortes, gerade als er sich im Badewagen befand, einen Schuß fallen. Eigentümlich ist nun, daß der Lokomotivführer der leeren Maschine um 12 Uhr 25 Min. schon die Leiche gesehen hat, während der Zugführer des Personenzuges zwischen 12 $\frac{1}{2}$ und 12 $\frac{1}{2}$ Uhr erst den Schuß gehört haben will. Es besteht nun die Annahme, daß der Schuß, der von dem Zugführer gehört worden ist, von dem Täter zum Schein aus der Waffe, die man bei Zeller gefunden hatte, die auch als sein Eigentum erkannt worden ist, abgefeuert wurde und ihm dann zwischen die Beine gelegt hat. Ein anderer Beamter, Begleiter eines Güterzuges, sagt aus, daß er auf der anderen Seite des Hundortes, also zwischen Bahndamm und Havel, in der Nähe der beiden Buben, ungefähr 50 Meter vom Bahndamm ab, ein älteres Ehepaar hatte sitzen gesehen. Er beobachtete weiter, daß ungefähr 50 Meter davon entfernt ein unterer Mann im Alter von etwa 30—22 Jahren aus dem Walde heraustrat, als er das Ehepaar erblickte. Sichtlich erschreckt sich wieder in den Wald zurückzog. Dieses spielte sich ungefähr 12—12 $\frac{1}{2}$ Uhr ab. Ein anderer Bahnbeamter beobachtete am Abend zwischen 5 $\frac{1}{2}$ und 6 Uhr, als er mit seinem Zuge die Stelle passierte, wie zwei Schupobeamte zwei junge Leute festnahmen und forttransportierten in der Richtung nach Potsdam. Alle diese Angaben werden nun noch von der Kriminalpolizei genau nachgeprüft werden. Unbedingt wichtig ist es, daß sich das Ehepaar, das zwischen 12 und 12 $\frac{1}{2}$ Uhr beobachtet worden ist, und die beiden Schupobeamten, die abends zwischen 5 $\frac{1}{2}$ und 6 Uhr gesehen wurden, umgehend bei Kriminalkommissar Dr. Koch im Zimmer 13a des Polizeipräsidiums melden. Hier werden auch Mitteilungen von Reisenden, die ebenfalls vielleicht Beobachtungen am fraglichen Tage und zur fraglichen Zeit dort gemacht haben, entgegengenommen.

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 26. Juli.

Tagessstellung Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörsen. Nachm. 12.55 Uhr: Übermittlung des Zeitungslehens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht. 5.30—7 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). 7.30 Uhr abends: Vortrag des Herrn San. Rat Dr. Frank: „Durst und Hitze“. 9—10 Uhr abends: Konzert der verstärkten Berliner Funkkapelle. 1. Triumphmarsch aus „Aida“, Verdi. 2. Jossonda-Ouverture. Spohr. 3. Arie aus „Die Entführung aus dem Serail“. Hier soll ich dich denn sehn“, Mozart (Arthur Philips). 4. Idylle passionelle, Ravel. 5. Brahms-Memorien, Morena. 6. a) Des Harfners Gesang, Schubert; b) Auf ein altes Bild, Hugo Wolf; c) Mädchen mit dem roten Mündchen, Franz (Arthur Philips). 7. Nordseebilder, Joh. Strauß. Anschließend: Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. Zeitanzeige. Wetterdienst. Sportnachrichten. 10.15—11.30 Uhr abends: Tanzmusik.

Emil Boeskes letzter Gang.

Während draußen ein Regenschauer niederging, hatte sich in der kleinen Kapelle auf dem Friedrichsfelder Friedhof eine andächtige Trauergemeinde um den Sarg des verstorbenen Genossen Emil Boeske versammelt. Der Parteivorstand, der Bezirksvorstand, der Gewerkschaftenverein sowie die 95. Abteilung, der Boeske angehörte, hatten Kranzaberdnungen entsandt. Männergesang leitete mit dem Liede: „Ein Sohn des Volkes will ich sein“ die schlichte Trauerfeier ein. Dann widmete an Stelle des verhinderten Genossen Groger der Genosse Franz Künstler dem Verbliebenen Worte des Gedankens: Heute geben wir wieder einem treuen Pionier der Arbeiterbewegung das letzte Geleit. Früh war der jetzt tummel vor uns Liegende ein Soldat der Arbeiterbewegung. In der Partei, Gewerkschafts- und Krankentossendebewegung besetzte er hervorragende Stellen und bekam deshalb oft die Unterschwermwürdig zu spüren. Trotz aller Schikanen blieb er der sozialistischen Sache treu. Seine Frau war ihm eine treue Lebensgefährtin, die Freud und Leid mit ihm zu teilen mußte. Er legte mit den Grundstein zur Berliner Arbeiterbewegung, die heute so stolz dasteht. Wir Jüngeren aber haben die Pflicht, ihm nachzusehen, womit wir auch am besten sein Können ehren. Wir werden das Wert, das Emil Boeske begonnen hat, in seinem Sinne weiterführen! Ein Vertreter des JdU, Sektion der Krankentassenangeestellten, hob noch die Verdienste Boeskes in der Krankentassenbewegung hervor. Wieder erkundete Männergesang durch den Raum. Heller Sonnenschein flutete herein, als sich die Türen der Kapelle öffneten. Dann trug man Emil Boeske zu Grabe, wo Georg Schmidt im Namen des Parteivorstandes, Franz Künstler für den Bezirksvorstand Berlin sowie Tänzer für den Gewerkschaftenverein und der Vertreter der 95. Abteilung Kranze niederlegten.

Schon wieder ein Mord!

Gestern abend gegen 8 Uhr wurde in der Nähe des Spreetunnels in Treptow die Leiche des 38 Jahre alten Kellners August Schöbe aus der Spree gefischt. Schöbe wohnte in Haus Eiserstraße 2 in Neukölln. An der rechten Halsseite weist die Leiche eine Stichwunde auf. Außerdem ist die Schädeldecke zum Teil zertrümmert. Da angenommen werden muß, daß es sich um einen Mord handelt, sind die Kriminalkommissare Dr. Anuschat und Quach mit der Aufklärung des Fundes beschäftigt. Die Leiche, die etwa zwei Tage im Wasser gelegen haben mag, ist dem Schauhause zur Obduktion übergeben worden.

Mißhandlung eines Kriminalbeamten.

Zu diesen Ausführungen in Nr. 343 schickt uns der darin angegriffene Goltwitz Zeiter eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen: Die Angelegenheit hat sich unmittelbar vor meinem Lokal abgespielt. Soweit es der Tumult und die kurze Zeit des Vorganges zugelassen haben, habe ich mich, wie durch Zeugenaussagen festgestellt ist, mit Kräften durch persönliches Eingreifen bemüht, Arges zu verhüten. Meine dabei ausgesprochene Absicht, die Unfallstation telefonisch anzurufen, wurde dadurch gependantslos, daß der angefallene Beamte durch Passanten bereits fortgeschafft worden war. Unter diesen Umständen kann wohl kaum die Rede davon sein, daß es mir an der allgemeinen menschlichen Hilfsbereitschaft, die in solchen Fällen angebracht ist, gefehlt hat. Die inzwischen erfolgten polizeilichen Ermittlungen haben auch erwiesen, daß die im Bericht gegebene Darstellung, soweit sie sich auf meine Person bezieht, nicht zutreffend ist.

Die Teilnehmer am Kinderfest des Bezirksamts Prenzlauer Berg versammelten sich um 2 $\frac{1}{2}$ Uhr vor dem Bezirksamt Prenzlauer Berg, Dänziger Str. 84, zum gemeinsamen Wärmarsch nach dem Festplatz. Da durch das Fest allen Kindern, die nicht zur Sommererholung hinauskommen, eine Freude bereitet werden soll, so ist recht zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Ein seltenes Jubiläum. Am Donnerstag beging der besonders den älteren Parteigenossen wohlbelannte Wähler Genosse Wilhelm Kersch, der jetzt im Friedrich-Wilhelm-Hospital wohnt, mit seiner Ehefrau das Fest der „Diamantenen Hochzeit“. Vater Kersch, so wurde er früher genannt, denkt noch immer mit Freude und Stolz an die früheren Kämpferjahre.

Wolkenreklame.

Von Paul Chr. Plottke.

London, im Juli.

Nach fast drei Monate langen Schmutzwetter ein Sonntag: Wie jauchzt das Herz, das von dem niedrigen Häusermeer der fremden Stadt bedrückt wurde! Wie Volkshiedmelodien, lange untergekauft im Gewirr der harten Baute, drängen sich hervor. Summend schreie ich durch die Straßen des vornehmen Westviertels nach dem Hyde-Park. Diese „Lunge“ Londons ist wie eine Dase in der Häuserwüste: inmitten ein großer Teich; Wiesen, herrliche Wiesen; hier und da Baumgruppen; bequeme Bänke und Stühle; und keine Schilder: „Das Beitreten der Grasflächen ist bei Strafe verboten!“ Wie lange habe ich den Himmel nicht so klar-blau gesehen! So weit das Auge reicht kein Wölkchen — nur fern am Horizont leichter Dunst, der sich aufzulösen scheint.

Doch plötzlich ballt sich in gewaltiger Höhe irgendwo aus dem blauen Nichts heraus eine kleine, auffallend weiße Wolke. Wie ein Punkt erscheint sie anfangs. Dieser Punkt aber hat eine geheimnisvolle Wandlungsfähigkeit. Er dehnt sich aus zu einer Linie. Diese Linie rundet sich, hört dann auf; jetzt an einer anderen Stelle von neuem an; jetzt wieder ab; hängt wieder neu an. . . Du siehst weiter nichts als das hellblaue Firmament und diese weißen Zeichen, Schriftzeichen, die sich zu Worten formen. Du könntest wirklich glauben, ein übermächtiger, unsichtbarer Gott hätte solche Warnungszeichen für die verrückte Menschheit an den Himmel — doch dann erkennst du die Worte „Daily Mail“ — der Name einer reaktionären Morgenzeitung! (Ausgabe fast zwei Millionen; Anzeigenpreis per Seite fast 1000 Pfund Sterling; zum Presse-Truß des edlen Lord Rothemere gehörig, zu dem u. a. auch die illustrierte Morgenzeitung „Daily Mirror“ mit einer Auflage von einer Million und drei Sonntagszeitungen mit einer Auflage von zusammen fast vier Millionen gehören. Nun verheißt du: das ganze ist kein himmlisches, nur ein technisches Wunder.

Das Flugzeug, das mit Hilfe rauchgefüllter Zylinder diese Worte in kaum drei Minuten in die Luft föhrt, ist in so großer Höhe, daß es selbst kaum sichtbar wird. Der Effekt ist gewaltig: Wohin du blickst: überall starren Menschen hinauf. Es ist nicht auszuwenden, wie viele in allen Teilen Londons diesem Schauspiel folgen. Ein originelles Freilichtspiel — und gratis! — Unter dem Gesichtswinkel des Profits betrachtet für den Rothemere-Truß sicher von guter Wirkung; denn neue Tausende werden den „Daily Mail“ kaufen, um darin Einzelheiten über die Produktion dieser Himmelschraube zu lesen. Das allgemeine Ansehen der Zeitung wächst. Ob das auch die politische Macht dieses Trußes erhöht?

Der „Daily Herald“, die einzige — wirklich, so sonderbar es erscheinen mag: einzige! — Tageszeitung der englischen Arbeiterpartei hat keine Sonntagszeitungen. Die Unabhängige

Arbeiterpartei hat nur eine Wochenzeitung, den „New Leader“, mit einer Auflage von etwa 60 000. Doch trotz dieses im Verhältnis zu den fünf mächtigen kapitalistischen Zeitungskonzernen däumlingshaften Umfanges der englischen Arbeiterpresse wird die politische Macht der Labour Party mehr und mehr dominiert! Ein auffälliges Zeichen für die Relativität der politischen „Großmacht Presse“!

Kann man daraus schließen, daß die englische Arbeiterpartei der Politik der bürgerlichen Zeitungen recht kritisch gegenübersteht? Ja würde das nicht sagen, obwohl der Engländer einen imponierenden praktischen Sinn für politische Notwendigkeiten und Möglichkeiten hat. Es ist nur ein verschwindender Prozentsatz der Käufer kapitalistischer Zeitungen, der den Leitartikel und die politischen Spalten liest. Die politische Erziehung genießt der Engländer in der Hauptsache bei der zahlreichen öffentlichen Diskussionen, in den Klubs usw. Die meisten lesen in den Zeitungen nur die Neuigkeiten des Sportteils oder Theaterzeits, Ehestandes und ähnliches und verschlingen die auch in Tageszeitungen zahlreich enthaltenen Bilder. In Trams, Omnibussen und Untergrundbahnen kann man haufenweise derartig „verarbeitete“ Zeitungen herumliegen sehen. Der Engländer nimmt seine Morgen-, Mittag- und Abendzeitungen nicht so wichtig — obwohl er kaum länger ohne Essen als ohne Zeitung sein könnte. Schon das englische Wort für „Zeitung“ deutet das an: „news paper“, was wörtlich übersetzt „Neuigkeiten-Papier“ heißt.

Damit ist nicht gesagt, daß die großkapitalistische Presse keinen Einfluß auf die öffentliche Meinung hat. Den hat sie; sehr sogar. Aber mehr in der Richtung auf das, was gedruckt werden soll, auf Mode, gesellschaftliche Sensationen, Sport und dergleichen. In praktisch-politischer Hinsicht sprechen die Laten der Labour-Regierung, obwohl sie zunächst nur das Amt und noch nicht die Macht hat, eine zu bereide Sprache, als daß die Massen der Leser auf das Geschrei der bürgerlichen Zeitungsklubs etwas geben würden. In dieser Hinsicht ist keine zu große Gefahr. Das erklärt aber andererseits auch zum Teil die im Klugscheben überaltpolitisch-bürgerliche Haltung der englischen Genossen, die politisch in diesem so weit sind: Die kulturelle sozialistische Erziehungsarbeit einer großzigen Arbeiterpresse fehlt! Doch man arbeitet eifrig daran, diesem Mangel abzuhelfen.

Die weißen Reklame-Wolken des „Himmelschreibers“ (sky writers, wie ihn die Londoner nennen) verweisen sich bald und vergehen wieder im blauen Dunst. Die kulturelle Macht der englischen Arbeiterpresse wird langsam aber stetig wachsen mit der siegreichen Idee des Sozialismus — ohne die Errungenschaften der großkapitalistischen Reklame-Technik.

Wissenschafters Rücktritt unwiderruflich? Die Vertrauensstundgebung des Professorenkollegiums der Münchener Universität für Geheimrat Wilschläger, durch die der Gelehrte zum Verzicht auf seine Rücktrittsabsichten bewegen werden soll, hat, wie wir vor unterrichteter Seite erfahren, eine Vorgeschichte. Es hat nämlich große Mühe gekostet, die Gesamtheit der Münchener Universitätsprofessoren

auf eine gemeinsame Vertrauensformel festzusetzen. Schon vor etwa einer Woche hatten fünf Professoren, darunter Rektor v. Kraus und Geh. Rat Sauerbruch, einen Entwurf ausgearbeitet, der in unverständlichen Worten die Böllische Hehe an der Münchener Universität brandmarkte. Dieser Entwurf fand aber nicht die Billigung des Kollegiums, so daß Rektor und Senat nunmehr einen neuen Wortlaut einer Vertrauensstundgebung für Wilschläger ausarbeiten. Wie wir aber hören, soll die darin ausgesprochene Bitte, der Gelehrte möge sich zu einem Verzicht auf seinen Rücktritt bewegen lassen, erfolglos bleiben, da Geheimrat Wilschlägers Entschluß, München zu verlassen, unabänderlich sein soll.

Völkerverbandskommission für geistige Zusammenarbeit. Aus Genf wird gemeldet: Unter dem Vorsitz des französischen Philosophen Henri Bergson wurde im Völkerverbandssekretariat die Billigung der Völkerverbandskommission für geistige Zusammenarbeit eröffnet. Es nahmen daran teil: Professor Einstein (Deutschland), Professor Gilbert Murray (England), Murie (Polen) und Lorenz (Holland). Professor Bergson hielt eine Ansprache, in der er Professor Einstein sowie ein anderes neues Mitglied, Lugones (Argentinien), begrüßte. Einstein dankte, indem er seiner Bereitwilligkeit zur Mitarbeit an den Arbeiten der Kommission Ausdruck verlieh. Hierauf wurde Bergson wieder zum Präsidenten und Murray zum Vizepräsidenten gewählt. Dann trat die Kommission in ihre Tagesordnung ein, indem sie zunächst Mitteilungen über die Gründung und Tätigkeit der nationalen Komitees für geistige Zusammenarbeit in den verschiedenen Ländern entgegennahm, die Frage der Beziehungen der Kommission zu der kürzlich gegründeten katholischen Kommission für geistige Zusammenarbeit und zum Internationalen Verband geistiger Arbeiter erörterte und schließlich auf Grund eines ausführlichen Berichtes die Debatte über das geistige Leben in den einzelnen Staaten eröffnete.

Das Skelett Richards III. Ein Skelett ist in Leicester ausgegraben worden, von dem man annimmt, daß es das des englischen Königs Richard III. ist, der in der Schlacht von Bosworth am 22. August 1485 erschlagen wurde und durch Shakespeare's Drama unsterblich geworden ist. Richard, der die Krone vor der Schlacht in einem Kosthof in Leicester ließ, wurde nach dem für ihn unglücklichen Treffen tot dorthin zurückgebracht, und zwar war der Leichnam auf einem Pferd festgebunden. Die Beerdigung fand ohne jede Feierlichkeit statt. Das einzige Andenken an sein Grab ist ein Stein in einem Gebäude bei Bow Bridge, auf dem angegeben ist, kein Grab sei nahe dabei. In der Nähe dieses Denksteins ist nun das Skelett ausgegraben worden, das im Botanikmuseum Leicester Auffindung gefunden hat.

Die diesjährige ärztliche Studienreise führt in die Schwarzwaldbäder. Sie wird am 6. September in Würzburg beginnen und am 31. September in Bad Dürkheim schließen. Nähere Auskunft erteilt das Bureau der Deutschen Gesellschaft für ärztliche Studienreisen, Berlin W. 9, Potsdamer Straße 134 b.

Kostfrage vom Kongo zum Nil. Vom Kongo zum oberen Nil ist jetzt eine Straßwagenstraße im Bau, die als Vorläuferin einer Eisenbahn nach ausgebauten Kap-River-Bahn zu betrachten ist. Die Straße führt in einer Länge von 1100 Kilometern von West (nordwestlich von Stanleyville) über Bata, Bamili, Wagara am Äkessal, Dunga, Garabli, Aba nach Rejal, das etwa unter dem fünften nördlichen Breitengrad am oberen Nil liegt. Sie verläuft also ziemlich genau in nordwestlicher Richtung.

Das Geständnis des Berchtesgadener Mörders. Er wollte noch einen Kurgast berauben.

Der wegen des Raubmordes an dem Berliner Studentrat Dr. Metz verhaftete 17jährige Gymnasialist Kehler aus Nürnberg hat im Laufe seiner Vernehmung auf die Frage, weshalb er nach Verübung der Tat später wieder in die Berchtesgadener Gegend zurückgekehrt sei, bekundet, daß er noch einen Raub an einem Kurgast beabsichtigt hätte, von dem er vermutete, daß er mehr Geld bei sich haben würde, als es bei Dr. Metz der Fall war. Für diesen neuen Überfall hatte sich Kehler den Weg von Berchtesgadener zum Unterstein als geeignet ausgewählt. Nachdem er dort einige Zeit auf Spaziergänger gewartet hatte, näherte sich eine Frau Bauer aus Zwiesel. Der jugendliche Räuber stürzte sich nach seinen eigenen Ausfagen auf die Ahnungslose, schlug sie mit einem Stock zu Boden und schleppte die ohnmächtig gewordene Frau, trotzdem in der Nähe Leute vorbeigingen, unbemerkt ins Gebüsch. Als er dann merkte, daß sie wieder zu sich kam, verließ er ihr aus Angst, daß sie um Hilfe rufen könnte, mehrere Messerstücke und ergriß dann unter Mitnahme der handliche der Überfallenen die Flucht. Bei Kehler fand man u. a. auch einen Zettel, auf dem er geschrieben hatte: „Ich habe den Wunsch, mit mir noch eine Anzahl von Leuten mit in die ewigen Jagdgründe gehen zu lassen.“ An seine Mutter hatte er nach Verübung der Tat eine Postkarte mit der Mitteilung, es ginge ihm gut, geschrieben und auf die Karte dazu die Münchener Frauenkürme ausgezeichnet. Den Revolver, mit dem er den Mord an Studentrat Dr. Metz verübte, hatte er für 7 M. gekauft, das Geld hatte er sich von einem Bekannten geliehen. Kehler ist nach seiner Vernehmung in der Münchener Polizeidirektion nach dem zuständigen Untersuchungsgefängnis in Traunstein transportiert worden, wo er seiner Aburteilung durch das Schwurgericht entgegensteht.

Der erste weibliche Gemeindevorsteher, eine Frau Magdalena Affe, ist in Schneidemühl bei Hammer bei Schneidemühl im Amt. Frau Affe wurde 1923 zum ersten Male einstimmig von der Gemeindevertretung zu diesem Posten berufen und ist bei den diesjährigen Neuwahlen wiedergewählt worden. Die Bestätigung durch den Landrat von Deutsch-Krone ist nunmehr erfolgt. Frau Affe hat ihr Amt seit einem Jahr unter schwierigen Verhältnissen, politisch wie wirtschaftlich, zur allgemeinen Zufriedenheit geführt.

Eine polnische Stadt von russischen Räubern geplündert. Eine etwa 80 Personen starke Bande, die dieser Tage von Sowjetrußland auf polnisches Gebiet einbrang, plünderte die Stadt Wiszniewo an der polnisch-russischen Grenze. Bei der Verfolgung der Banditen durch polnische Truppen gab es auf beiden Seiten Tote und Verwundete.

Ueberschwemmungen in der Umgebung von Tienfing bedrohen von neuem die Stadt. Die Wassermengen haben 15 Meilen von der Stadt entfernt eine bedrohliche Höhe erreicht. Infolge der Weigerung der chinesischen Behörden, die Dämme im Norden und Süden des Bandes durchstechen zu lassen, um ein Abfließen des Wassers zum Meere zu ermöglichen, wird die Lage immer drohender.

Eine braune Allensacke verloren. Am Rordringweg ab 4 Uhr 14 Min. nachmittags, Börse, Richtung Landberger Allee, ist eine braune Allensacke mit Inhalt verloren worden. Der ehrliche Finder wird gebeten, die Sacke bei dem Genossen Henschel, Obeltingstr. 7, gegen Belohnung abzugeben.

Wetterbericht. Für Berlin und Umgegend: Zeitweise heiter, doch noch unbeständig, Böe, Richtung Landberger Allee, ist eine braune Allensacke mit Inhalt verloren worden. Der ehrliche Finder wird gebeten, die Sacke bei dem Genossen Henschel, Obeltingstr. 7, gegen Belohnung abzugeben.

Kotter-Methoden und Konzessionswesen

Die Theaterdirektion Gebrüder Kotter in Berlin galt von jeher als besonders geschäftstüchtig. Ihre Geschäftstätigkeit hat sich nun in letzter Zeit ein neues Betätigungsfeld gesucht: nicht mehr der Eigenbetrieb von Theatern, sondern die Pachtung von Theatergebäuden zum Zweck ihrer Weiterverpachtung soll den Herren die Taschen füllen. Es ist den Gebrüder Kotter gelungen, noch und nach folgende Theater in ihre Gewalt zu bringen: das Residenztheater, das Trianontheater, das Kleine Theater, das Zentraltheater, das Lessingtheater und das Theater des Westens. Einen eigenen Betrieb wird man voraussichtlich in der nächsten Spielzeit nur in zweien oder dreien dieser Häuser eröffnen. Für die übrigen hat man bereits Pächter gefunden oder versucht, sie zu finden. Die Pachtsummen aber, die man verlangt, bzw. bereits abgemacht hat, gehen ins Phantastische. Man spekuliert bei dem einzelnen Haus auf 50 000 bis 100 000 M. jährlichen Zwischen Gewinn. Für nichts und wieder nichts.

Ein falscher Weg.

Es ist verständlich, wenn sich gegen diese Geschäftsmethoden Widerspruch zu regen begonnen hat. Die Genossenschaft der deutschen Bühnengedehnten erschien zuerst auf dem Plan, um auf das Wucherische der Kotterischen Methoden aufmerksam zu machen; es haben sich dann auch das Polizeipräsidium und andere behördliche Stellen mit ihnen beschäftigt. In der Be- und Verurteilung der Kotterischen Geschäftspraktiken war man wohl überall einig. Aber es scheint, daß die verantwortlichen Behörden keine rechte Möglichkeit haben, gegen die Herren Kotter einzuschreiten. Inzwischen hat die deutsche demokratische Fraktion im Preussischen Landtag eine Anfrage eingebracht, die, ohne die Gebrüder Kotter gerade zu nennen doch augenscheinlich von ihren Methoden ausgeht. Sie gebührt demnach dem Versuch nach, einen Ausweg zu zeigen. Es heißt da: „In den Berliner Theatern haben sich seit längerer Zeit unerträgliche Mißstände entwickelt. Es hat sich die beklagenswerte Unsitte eingebürgert, daß von kapitalistischen Konzernen während der Inflationszeit zahlreiche Theater aufgekauft oder aufgepachtet und zu hohen Preisen an Dritte weitergegeben werden, so daß an dieser geradezu wucherischen Ueberpacht der wirtschaftliche Betrieb dieser Theater zusammenbrechen muß. Dieser Reichtum wird mit Theatern, die der Volkserziehung und Erziehung dienen sollen, zwingt natürlich die Unterpächter, so hohe Entlohnung zu fordern, daß der Theaterbesuch bei den schweren wirtschaftlichen Verhältnissen, in denen wir leben, zur Unmöglichkeit wird. Diese beklagenswerten Uebelstände beruhen auf einer für die jetzigen Verhältnisse völlig unzureichenden Verordnung über Konzessionserteilung, deren Umgestaltung im öffentlichen Interesse notwendig ist. Die Neuordnung der Konzessionsvorschriften müßte in erster Reihe dafür Sorge tragen, daß der Konzessionssträger auch tatsächlich die moralische, materielle und künstlerische Verantwortung hat und nicht irgendeinen Strohmännchen vorziehen kann, und daß außer einer entsprechenden Kaution, die die Forderungen der an dem Theater Beschäftigten weitergehend als bisher bedt, der Bewerber den Nachweis zu führen hat, daß nicht untragbare Kosten die Existenz des Theaters von vorneherein gefährden und seine Rentabilität ausschließen.“ Die Maßnahme, die hier gegeben werden, mögen auf gemeint sein. Aber sie führen auf einen falschen Weg. Eine Verschärfung der Vorschriften für die Erteilung der Spielerlaubnis, wie sie hier gewünscht wird, würde die Gebrüder Kotter bestenfalls mittelbar, in zweiter Linie treffen, nämlich nur insoweit, als sie es ihnen schwerer machen würde, Pächter zu finden. Sie würden keineswegs ausschließen, daß sie zu ihren hohen Pachten kommen. Denn ein Unternehmer mit großem Kapital wird letzten Endes doch nachweisen können, daß er die von den Herren Kotter geforderten hohen Pachtbeträge zu zahlen vermag, ohne daß sein Betrieb wirtschaftlich gefährdet wird. (Wie es heißt, hat übrigens das Polizeipräsidium bei einem der Unterpächter der Gebr. Kotter kürzlich bereits die Probe aufs Exempel gemacht: Man wollte ihm die Konzession nicht erteilen, weil die hohe Pacht keine finanzielle Zuverlässigkeit beeinträchtigt. Jener Direktor konnte dann aber, gestützt auf bestimmte Anmachungen mit einer Besucherorganisation, einen Eintrag ausstellen, an dem die Bedenten des Polizeipräsidiums zerfielen.)

Es ist nicht einzusehen, warum der Kampf um die Geschäftspraktiken der Herren Kotter durchaus auf dem Rücken anderer getragen werden soll. Wenn die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen wirklich nicht ausreichen, um den Kotters das Handwerk zu legen, so mag man die Bestimmungen über den Wucher oder Kettenhandel ergänzen; es können da nicht alle umständliche Änderungen notwendig sein, um eine Handhabe zum Einschreiten gegen die Gebr. Kotter zu schaffen. Es muß ein Weg gefunden werden, den Herren Kotter diejenigen Theater, die sie gekauft oder aufgepachtet haben, nicht, um selbst darin zu spielen, sondern nur, um damit Geschäfte zu machen, glattweg zu entziehen. Ihnen und alle denjenigen, die auf gleiche Weise sich zu bereichern trachten!

Das Problem der Konzessionserteilung.

Damit soll aber nicht gesagt sein, daß die heutigen Bestimmungen über die Konzessionserteilung berechtigten Ansprüchen genügen. Und es wäre sicherlich ein Verdienst der demokratischen Anfrage, wenn sie das Problem der Konzessionserteilung aufrollen und zu einer gründlichen Umgestaltung der heutigen Verhältnisse führen würde. Die Spielerlaubnis regelt heute der § 32 der Gewerbeordnung von 1898. Danach darf die Konzession zur Veranstaltung gewerblicher Vorstellungen nur solchen Personen erteilt werden, die finanziell, moralisch und künstlerisch zuverlässig erscheinen. Daneben steht eine Verordnung von 1917, wonach vor

der Erteilung einer Spielerlaubnis auch die Bedürfnisfrage zu prüfen ist. Zuständig für die Konzessionserteilungen sind in Preußen die Verwaltungsbehörden, in letzter Instanz das Ministerium des Innern. Um die moralische usw. Zuverlässigkeit eines Antragstellers festzustellen, werden vor jeder Konzessionserteilung die Genossenschaft der deutschen Bühnengedehnten und der Deutsche Bühnenverein (die Vereinigung der Theaterunternehmer) um ein Gutachten angegangen. Um gleich an das letzte anzuknüpfen, so ist es doch eigentlich widersinnig, daß die Frage der Konzessionserteilung zum Ministerium des Innern „revertiert“, und daß als Gutachter nur eine Gewerkschaft und ein Unternehmerverband gehört werden. Für die Fragen der Kunstpflege und der Theaterpolitik im allgemeinen ist das Kultusministerium zuständig. Wie aber kann dieses eine systematische Theaterpolitik verfolgen, wenn die Konzessionserteilung neuer Betriebe, unter Umständen auch die Entziehung laufender Konzessionen, durch eine von ihm unabhängige Stelle erfolgt. Es ist doch ein Anflug, das private Theaterwesen, von dessen Entwicklung das öffentlich-gemeinnützige (heute bereits ganz dem Kultusministerium unterstellt) hundertfach abhängig ist, als „Gewerbe“ nach rein gewerbepolitischen, d. h. juristischen, formalistischen Gesichtspunkten zu behandeln! Und ebenso veraltet ist die ausschließliche Befragung von Genossenschaft und Bühnenverein als Gutachten in einer Zeit, wo auch die Theaterbesucher, wenigstens in einem Kulturtheater interessierten, sich in ihren Volksbühnengemeinschaften wichtige und machvolle Organe geschaffen haben, wo in der preussischen Landesbehörde und ihren provinziellen Unterorganisationen überdies Körperschaften entstanden sind, die mit den Besucherorganisationen auch alle sonst an einer planmäßigen Theaterpflege auf gemeinnütziger Grundlage interessierten Stellen vereinigen. Selbstverständlich werden immer Gutachten der Organisationen, der Darsteller und Unternehmer einzuholen sein. Aber ihr Monopol bringt zweifellos die Gefahr mit sich, daß gewisse, für das Kulturtheater wichtige Punkte nicht genügend berücksichtigt werden. Berührt sind endlich auch die gesellschaftlichen Grundlagen, die heute die Konzessionserteilung regeln. Welch ein Widerspruch, wenn irgendwo der Bezirksausschuß (es handelt sich nicht nur um Theorien!) das „Bedürfnis“ nach einem Theaterbetrieb verneint, während in dem betreffenden Bezirk so und so viele Volksbühnengemeinschaften vorhanden sind und für den geplanten Theaterbetrieb eine zu keiner finanziellen Fundierung völlig ausreichende Anzahl von Vorstellungen garantiert! Wenn andererseits bereits die Tatsache, daß irgendein unternehmerischer Herr das an einem Ort befindliche Theatergebäude pachtet, ausreicht, um für seinen Betrieb die Bedürfnisfrage zu bejahen! Die Bestimmungen des § 32 der Gewerbeordnung lassen völlig außer Betracht, daß es heute zahlreiche Unternehmungsformen für das Theater gibt, bei denen die Prüfung der finanziellen und künstlerischen Zuverlässigkeit des Unternehmers“ völlig in die Here führen muß. Man denke nur an jene nicht mehr seltenen Fälle, wo eine Volksbühne die Trägerin eines Theaterbetriebes werden will. Unternehmer ist hier gar nicht mehr eine Person, sondern eine Personengemeinschaft. Nach den geltenden Bestimmungen kann diese aber keine Konzession erhalten. Es ergeben sich jedoch auch Schwierigkeiten, wenn etwa der Vorstehende Träger der Konzession werden soll. Als Person wird er am Ende nicht jene „finanzielle Zuverlässigkeit“ besitzen, die sonst zur Voraussetzung der Spielerlaubnis gemacht wird. (Sie beruht ja in diesem Falle auf der Verpflichtung einiger tausend Volksbühnenmitglieder, regelmäßig die Vorstellungen des gesamten Theaters zu besuchen.) Vollends werden dem Vorstehenden einer Volksbühnengemeinde meist die künstlerischen Qualitäten fehlen, die er nach § 32 besitzen soll; denn er wird in der Regel weder Schauspieler noch sonst ausübender Künstler sein. Man nehme ferner an, die vom Verein als Konzessionssträger bestimmte Persönlichkeit verliert das Vertrauen des Vereins; nach den geltenden Bestimmungen bleibt sie gleichwohl Trägerin der Spielerlaubnis, der Verein aber hat das Nachsehen. (Das Aburde dieser Verhältnisse hat bereits dazu geführt, daß auf Grund gewisser Vereinbarungen das Ministerium hier eine andere Praxis anerkennt. Aber das beweist doch nur die Unmöglichkeit der geltenden Bestimmungen!) Nicht weniger unzulänglich sind die Bestimmungen des § 32 im Hinblick auf gewisse Erscheinungen des Laienspiels und anderes mehr.

Dabei wäre es völlig verfehlt anzunehmen, daß der derzeitige § 32 irgendeine Sicherung des Theaters gegen finanziell moralisch und künstlerisch bedenkliche Personen bedeutet. Er läßt das Tor immer noch weit offen für jedermann, den es treibt, ein Theater zu eröffnen. Schlimmstenfalls unternimmt der Betreffende den Betrieb nicht auf seinen eigenen Namen; es gibt in Deutschland einige Duzend oft recht fragwürdiger Gestalten, die von irgendwoher im Besitz einer Konzession sind (einige von ihnen haben sogar angeblich für das ganze Reich gültige Konzessionen), und die ein Geschäft daraus machen, mit dieser Konzession anderen auszuhebeln. Man hat kaum je gehört, daß dagegen eingeschritten worden wäre. Wahrscheinlich wäre es in manchen Fällen möglich. Aber hier spielt wieder die Tatsache mit, daß nicht kunstpolitische, sondern rein gewerbepolitische Instanzen für das Konzessionswesen zuständig sind.

Es ist unmöglich, in wenigen Absätzen das große Problem der Konzessionserteilung der Theater erschöpfend zu behandeln. Gewiß ist aber, daß hier baldige grundsätzliche Änderungen erfolgen müssen. Vor allen Dingen, daß für die Konzessionsfrage auch in Preußen (wie schon in anderen Staaten) diejenige Behörde maßgebend wird, die im übrigen für die Kunstpolitik zuständig ist: das Kultusministerium.



Sie können Ihr Fußstelet im Röntgen-Apparat mit eigenen Augen sehen.

Gratis-Untersuchung des Fußes in unserer Röntgen-Station

Wenn Ihr Fuß am Abend anschwillt — wenn die Sohlen brennen — wenn Sie Schmerzen im Mittelfuß verspüren — wenn auf der Fußsohle Schwielen (harte Haut) entstehen, welche hartnäckig immer wiederkehren — wenn der Ballen weh tut (Frostbeulen), wenn Schmerzen an der Ferse das Gehen zur Qual machen —

Wenn rheumatische Schmerzen in der Tiefe der Wade und dem Schienbein entlang fühlbar sind — wenn die Gelenke an Knöchel und Knie schmerzhaft anschwellen — wenn ziehende neuralgische und rheumatische Schmerzen vom Fuß bis zum Kreuz sich melden —

Dann besteht der Verdacht auf Senkfußbildung. Eine ärztliche Untersuchung gibt Ihnen Klarheit und erspart nutzlose Kuren. Ich biete Ihnen diese Untersuchung kostenlos, und zwar in eigener Röntgen-Station, welche mit allen modernen Hilfsmitteln zur Fußdiagnostik ausgerüstet ist.

Alle, welche an derartigen Schmerzen leiden, sind ein- geladen, sich meiner Einrichtungen zu bedienen, ohne daß Ihnen irgendein Kaufzwang oder eine sonstige Verpflichtung erwächst.

Wenn die Schmerzen von einer Uebermüdung oder Sentung des Fußes verursacht sind, dann finden Sie sicher Hilfe durch die pneumatische Schuheinlage

Pneuette

welche den leidenden Fuß durch ein weiches Luftkissen (einen Keilen Pneumatik) stützt und hebt.

Möchte die Einlagen gegen Senkfuß nicht mehr entbehren.

Seit der Verwendung der Pneuette (gegen Senkfuß) habe ich eine so wesentliche Erleichterung beim Gehen erfahren, daß ich die Einlagen dauernd mit einem gleich guten Erfolg benutze und nicht mehr entbehren möchte.

Gehemrat Dr. St., Planegg.

Heute nach drei Wochen renne ich wie eine Biene.

Habe seit 2 Jahren nicht laufen können, hatte Knöchel- entzündung, da ging ich zu Leiser nach der Lauenhien- straße und kaufte mir Pneuette und konnte von Stunde an besser laufen, und heute nach 3 Wochen renne ich wie eine Biene und sage hiermit nochmals meinen besten Dank.

Frau M. Gr., Berlin.

Meine Frau ist von ihren Schmerzen befreit.

Im Besitze der 2 Paar „Pneuette“ kann ich Ihnen mit- teilen, daß meine Frau von ihren Schmerzen be- freit ist. Ich bin Ihnen daher zu großem Dank verpflichtet und werde auch die Pneuette in meinem Bekanntenkreise bestens empfehlen.

Herbert M., Bankdirektor, Kulmbach.

Ein großer Vorteil ist die Regulierbarkeit.

Ich bin mit Ihrer Pneuette recht zufrieden, gehe auch gut damit und finde vor allem den großen Vorteil daran, daß man sich diese Pneuette-Einlagen be- stellen kann, wie man sie gerne und bequem braucht, manch- mal etwas höher, manchmal etwas niedriger, je nach Bedarf.

Frau Dr. v. A., Starnberg.

Die Pneuette kann in jedem Schuh unsicht- bar getragen werden, ist federleicht und un- verwüstlich, auch beim stärksten Gebrauch.

Wir geben Ihnen ein Paar Pneuette kostenlos

8 Tage zur Probe.

Ueberzeugen Sie sich selbst! Beginnen Sie heute noch mit dem Versuch, bei dem Sie nichts riskieren, sondern nur gewinnen können. (Ist schmerzfreies Gehen nicht dies Versuchswert?)

Leiser

Schuhhaus größten Stils

Kostenlose ärztliche Untersuchung in eigenen Röntgen- Stationen, Leipziger Str. 64 (9-2 u. 4-7) und Friedrich- straße 179 (11-1 u. 3-6). — Fußprüfung und unentgeltliche ärztliche Beratung in allen Leiser-Verkaufsstellen:
Leipziger Straße 64
Taugenitzstr. 20
Friedrichstr. 179
Königstr. 34
Moabit, Turmstr. 50
Neukölln, Bergstr. 7/8
Friedenau, Rheinstr. 14
Oranienstr. 34
Oranienstr. 47a
Müllerstr. 3a

Leipzig: Kaufhaus Ury Gebrüder, A.-G. — Dresden: Residenz-Kaufhaus. — Erfurt: Kaufhaus Römischer Kaiser G.m.b.H. — Mannheim: Hill & Müller, N 3, 11/12. — Stuttgart: Wilhelm Spring, Innere Büchsenstraße 23.

Wirtschaft

Kreditleistungen der Reichsbank.

In der gestrigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank betonte der Reichsbankpräsident Dr. Schacht, daß sich nach den Wochenberichten für die Zeit vom 24. Juni bis 15. Juli die Lage der Bank weiter günstig entwickelt hat. Der Zahlungsmittelumsatz zeigte zwar eine mäßige Erhöhung, bewegt sich aber noch immer unter drei Milliarden Goldmark.

Ueber die Lage am Geldmarkt sprach sich der Reichsbankpräsident dahin aus, daß sie nicht mehr so kritisch anzusehen ist wie vor einigen Wochen. Die Zinssätze zeigen eine sinkende Tendenz und die Einlagen bei den Banken eine erfreuliche Entwicklung. In der Zeit von Ende Dezember bis Ende April ist ungefähr eine Verdoppelung der Kreditoren eingetreten; inzwischen dürfte sich das Anwachsen fortgesetzt haben.

Wenn auch grundsätzlich an der bisherigen Politik der Kreditbeschränkung festgehalten werden muß, so ist doch die Reichsbank nach wie vor bestrebt, in allen Einzelfällen, in denen ein Kredit angebracht und vom Standpunkt der Währungsökonomie vertretbar ist, zu helfen. Auf dringende Vorstellungen des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft hat sich die Reichsbank entschlossen, außerdem der Landwirtschaft die Finanzierung der Ernte dadurch zu ermöglichen, daß sie der Seehandlung eine Rückendeckung bis zur Höhe von 200 Millionen Goldmark für an die Landwirtschaft zu gewährenden Kredite gegeben hat. Die Seehandlung wird die ihr zustehenden, anders schwer unterzubringenden tatsächlichen Gelder durch Vermittlung der in Frage kommenden Zentralinstitute in landwirtschaftlichen Wechseln ansetzen und bei zwingendem Bedarf diese Wechsel bei der Reichsbank diskontieren oder lombardieren.

Um eine Kapitalbildung für längere Fristen zu begünstigen, will die Reichsbank den Kreis der lombardfähigen Papiere durch Einbeziehung von auf Schwerten basierenden Anleihen erweitern. Diese wertbeständigen Wertpapiere sollen zu denselben Bedingungen betrieblen werden wie bisher die Anleihen des Reichs und der Länder, d. h. unter Zugrundelegung einer Quote von 50 Proz. des amtlichen Kurswertes bei Wertpapieren auf der Basis von Gold oder einer ausländischen Währung und von 40 Proz. des amtlichen Kurswertes bei Wertpapieren auf Warenbasis. Darlehen können im allgemeinen auf die Dauer von 6 bis 8 Wochen erteilt werden. Für Banken und Geldinstitute wird die Entnahme auf höchstens 3 Tage beschränkt. Die dem Zentralausschuss vorgelegte Liste der dafür in Frage kommenden Wertpapiere wurde gebilligt.

Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

(1913/14 = 1)

11. Februar	1,03	23. April	1,13	18. Juni	1,12
18.	1,04	30.	1,14	25.	1,11
25.	1,05	7. Mai	1,15	2. Juli	1,17
13. März	1,06	14.	1,16	9.	1,19
17.	1,07	21.	1,15	16.	1,15
9. April	1,11	28. Mai	1,13	23.	1,16

Steigerung gegen die Vorwoche 0,9 Proz.

Weitere Zunahme der Erwerbslosigkeit.

In der Zeit vom 1. bis 15. Juli ist im unbefestigten Deutschland die Zahl der unterstützten Arbeiter von 230 500 auf 276 000, d. h. um 16 Prozent, die Zahl der

Zuschlagsempfänger — unterstützungsberechtigte Angehörige Arbeiterverbände — von 207 000 auf 344 000, d. h. um 12,5 Prozent gestiegen. Dabei ist daran zu erinnern, daß nach den geltenden Bestimmungen ein Teil der Erwerbslosen Unterstützungen nicht erhalten kann. Aus dem besetzten Gebiet liegen die entsprechenden Ziffern noch nicht vor.

Die AEG. in Oesterreich und den Nachfolgestaaten.

Die Tochtergesellschaften der AEG. in Oesterreich zählen zu deren größten und wichtigsten im Ausland. In Wien errichtete die AEG. schon früh ein Tochterinstitut, das nach der Fusion mit der Union-Elektrizitätsgesellschaft mit deren Wiener Zweiggesellschaft in AEG.-Union-Elektrizitätsgesellschaft, Wien, umgewandelt wurde. Die AEG.-Union hatte die Aufgabe, die österreichische Monarchie mit elektrotechnischen Erzeugnissen zu beliefern. Da der Friedensvertrag von St. Germain dieses Territorium in sieben Staatsgebilde auflöste und die Nachfolgestaaten sich gegeneinander hermetisch abschlossen, war auch die ursprüngliche Zweckbestimmung der AEG.-Union hinsichtlich. Sie mußte sich gemäß den neuen Verhältnissen umstellen.

Aber auch das ursprüngliche Verhältnis zur Berliner Muttergesellschaft konnte nicht mehr aufrechterhalten werden. Man schritt deshalb zu einer gründlichen Reorganisation. Die AEG.-Union-Elektrizitätsgesellschaft wurde zur Holdinggesellschaft zur Kon-

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittselokaufpreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose	16,25—20,00	Risgetreide, lose	15,50—17,50
Gerstengröße, lose	15,00—15,00	Kakao, fettarm	75,00—85,00
Haferslocken, lose	15,50—17,00	Kakao, leicht entölt	85,00—100,00
Hafersgrütze, lose	18,00—19,00	Tea, Souchon, gepackt	350,00—430,00
Roggenmehl 0/1	12,75—13,75	Tea, indischer, gepackt	425,00—500,00
Weizengries	18,25—19,50	Inlandszucker basis mel.	36,00—37,50
Haartrich	21,50—24,00	Inlandszucker Raffinade	37,00—40,00
70% Weizenmehl	17,50—22,00	Zucker Würfel	41,00—44,00
Weizen-Auszugmehl	16,00—21,25	Kunsthonig	23,00—26,00
Speiseerbsen, Viktoria	12,25—15,50	Zuckersirup hell in Elm.	38,00—43,00
Speiseerbsen, kleine	8,75—11,75	Speisesirup dunk. in Elm.	28,00—29,00
Bohnen, weiße, 1. Art	20,00—24,00	Marmelade Eintr. Erdb.	80,00—90,00
Langbohnen, handverles.	27,00—30,50	Marmelade Vierfrucht	35,00—40,00
Linsen, kleine	20,00—29,50	Pflaumenmus in Eisern	33,00—38,00
Linsen, mittel	31,00—37,50	Steinsalz, lose	3,10—3,70
Linsen, große	39,00—46,00	Siedesalz, lose	4,00—4,70
Kartoffelmehl	18,75—20,50	Bratenschmalz in Tierces	75,50—76,50
Makkaroni	36,00—42,00	Bratenschmalz in Käbeln	77,50—78,50
Schnittmehl, lose	15,00—16,25	Purelard in Tierces	74,50—75,00
Bruchreis	14,50—15,50	Purelard in Kisten	74,50—76,00
Rangoon Reis	15,50—17,00	Speisetalg in Packung	49,00—52,00
Tafelreis, glasirt, Patna	23,25—31,00	Speisetalg in Käbeln	45,00—50,00
Tafelreis, java	30,00—36,00	Margarine, Handelsm. I.	60,00—67,00
Risgetreide, amerik.	78,00—83,00	desgl. II.	76,00—80,00
Getr. Pflaumen 30/100	41,00—43,00	Margarine III.	63,00—65,00
Pflaumen, entsteint	50,00—55,00	Molkereibutter I. Fassern	175,00—190,00
Carl. Pflaumen 40/30	60,00—	Molkereibutter in Pack.	183,00—192,00
Rosinen in Kisten; Candia	70,00—75,00	Landbutter	—
Sultaninen Caraburnu	70,00—85,00	Auslandbutter in Fassern	190,00—198,00
Korinthinen, choice	65,00—70,00	Corned beef 12 1/2 lbs. p. K.	33,00—37,00
Mandeln, süße Bari	135,00—158,00	Aust. Speck, geräuchert	72,00—78,00
Mandeln, bittere Bari	145,00—152,00	Quadratkäse	25,00—30,00
Zimt (Cassia)	106,00—115,00	Tilsiter Käse, vollfett	100,00—110,00
Kümmel, holländischer	70,00—80,00	Bayr. Emmenthaier	160,00—170,00
Schwarzer Pfeffer Singap.	90,00—100,00	Echter Emmenthaier	178,00—185,00
Weißer Pfeffer	131,00—140,00	Aust. ungezuck. Condens-	—
Rohkaffee Brasil	180,00—215,00	milch 48/16	20,50—23,25
Rohkaffee Zentralamerika	220,00—285,00	Inländische desgl. 48/12	16,50—17,50
Röstkaffee Brasil	230,00—280,00	Inl. ger. Condensm. 48/14	26,00—26,50
Röstkaffee Zentralam.	300,00—375,00		

trasse und Verwaltung der ihr zugewiesenen Unternehmungen. Ferner ist sie für den Vertrieb der Erzeugnisse des Konzerns tätig. Die Wiener Fabriken der AEG.-Union wurden in eine neue Gesellschaft den AEG.-Unionwerken U. G. eingebracht. An dieser sind die AEG. Berlin und die AEG.-Union Wien je zur Hälfte beteiligt. Den AEG.-Union-Werken steht die Benutzung der Patente des Berliner Stammhauses und ferner die internationalen Verbindungen und Erfahrungen desselben zur Seite. Betriebsgesellschaften wurden in Budapest, Agram, Belgrad, Buzarest und Lizen errichtet, deren Anteile ebenfalls je zur Hälfte im Besitze der AEG. Berlin und der AEG.-Union in Wien sind.

Der Aufbau der Konzernverbindungen in der Tschechoslowakei machte Schwierigkeiten. Da dieser Staat einen 100prozentigen Wertzoll für einzuführende elektrotechnische Artikel erhebt, war die Belieferung des dortigen Marktes von Wien oder Deutschland aus mit Schwierigkeiten verbunden. Rummehrs beabsichtigt die AEG. in Brünn eine große elektrotechnische Fabrik zu errichten, an der neben der AEG. Berlin die AEG.-Union Wien, die U. G. Ringhofer, Prag, die Böhmisches Escomptebank und Kreditanstalt und die Währische Escomptebank beteiligt sein soll.

Die Reichshauptkasse weist für die Zeit vom 11. bis 20. Juli einen Ueberschuß von 22,7 Goldmillionen nach. Er ergibt sich aus Einnahmen in Höhe von 166,5 und Ausgaben im Betrage von 143,8 Millionen. Damit verringert sich der Zuschußbedarf seit 1. April 1924 auf die kaum in Frage kommende Summe von 2 1/2 Millionen.

Die Krise in der Kleinindustrie. Infolge der Absatzkrise arbeitet die Berliner Schloßindustrie im Durchschnitt nur noch an drei Tagen in der Woche. Es ist zu befürchten, daß bei der Fortdauer der Absatzkrise und der Kreditnot die Betriebe völlig zum Erliegen kommen. Die Fabrikanten behaupten heute schon nicht mehr in der Lage zu sein, die Löhne rechtzeitig und restlos zur Auszahlung zu bringen, weil die Bezahlung ihrer Lieferungen selbst vom Zustande nur schleppend erfolgt und die Inanspruchnahme eines Kredites von drei, ja selbst von vier und fünf Monaten durch die Kundschaft keine Seltenheit ist. Gegenwärtig kommen Angebote unter Boefriegspreisen zustande, obwohl die offiziellen Notierungen durchschnittlich noch um 25 Proz. darüber liegen und die von der Schloßindustrie benötigten Rohmaterialien durchschnittlich eine Ueberteuering von 40 Proz. aufweisen. Das Geschäft mit den nordischen Ländern ist schon seit einiger Zeit vollständig lahmgelegt. Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland haben eigene Schloßfabriken errichtet, die nach Anwerbung deutscher Meister sogar versuchen, über die Grenze des eigenen Landes hinaus abzugeben. Augenblicklich wird von Selbst nur noch nach Mittel- und Südamerika, Niederländisch-Indien und China geliefert. Auch Japan hat sich durch die Gründung eigener Fabriken vom Bezuge deutscher Fabrikate unabhängig gemacht.

Gründung eines Deutschen Studegewerbeverbandes. Eine Delegiertenkonferenz des deutschen Studegewerbes beschloß die Gründung des Deutschen Studegewerbeverbandes, der seinen Sitz in Düsseldorf hat. Der Bund umfaßt das gesamte Robeffer-, Studateur-, Gipser-, Rabiß- und Berputerhandwerk.

Zusammenstoß in der Gummimantel-Konfektion. Die S. Silberstein u. Co. Akt.-Ges., Gummimantelfabrik in Berlin hat laut „Konfektionär“ die seit 22 Jahren bestehende Perfekt-Gummimantel G. m. b. H., Berlin, aufgekauft und wird dadurch ihre Fabrikation namentlich auf dem Exportgebiet weiter ausdehnen.

Einig! Einig! Einig!

sind sich alle Qualitätsraucher, daß die „Kleine Bravour“ die beste Zwei-Pfennig-Zigarette der Gegenwart ist. Warum? Weil die Herstellung einer wirklich guten Zigarette nur einem Fachmann mit langjährigen Branchenkenntnissen möglich ist. Diesen Anforderungen entspricht die seit 27 Jahren bestehende Zigarettenfabrik Bravour, mit ihrem, in fachmännischen Kreisen wohlbekanntem Mitinhaber Herrn H. Dunje, welcher sämtliche Mischungen persönlich überwacht. Dem allgemeinen Preisabbau Rechnung tragend, hat sich die Firma Bravour entschlossen, begünstigt durch einen bevorzugten Tabakeinkauf, neben den bisherigen, nur teureren Marken, eine Zwei-Pfennig-Zigarette von hervorragender Qualität herauszubringen. Sie ist nicht zu vergleichen mit Fabriken neuentstandener Fabriken, die durch marktschreierische Reklame ihre Ware anpreisen. Verlangen Sie bei Ihrem Händler „Kleine Bravour“ und Sie rauchen gut und billig.

Sonderverkauf

Kurzwaren-Strümpfe

Groß-Einkaufstage für Schneiderinnen u. Hausfrauen!

Der Verkauf in unserem Kaufhaus Moabit, Turmstr., Ecke Ottostr. findet jetzt in den durch modernen Umbau fertiggestellten Räumen statt.

Kaum wiederkehrende Gelegenheit zu hervorragend günstiger Eindeckung des Bedarfs!

Obergarn 4fach, 1000-Meter-Rolle	80 Pf.	Leinenzwirn (Gruschwitz) 20-Meter-Stern	4 Pf.	Stahl-Stecknadeln in Briefen	5 Pf.	Körperband 3 1/2 Meter	5 Pf.	Armblätter mit prima Gummiplatte	40 Pf.
Obergarn 4fach, 200-Meter-Rolle	17 Pf.	Stopfwisch 5 Gramm, 3 Stück	20 Pf.	Haarnadeln glatt und gewellt	10 Pf.	Barmer Langetten oder Waschebördchen, Meier	3 Pf.	Druckknöpfe beste Fabrikate	10 Pf.
Konfektionsgarn 2fach, 1000-Meter-Rolle	35 Pf.	Sicherheitsnadeln in Mappen sortiert	4 Pf.	Haarnadeln Aida	6 Pf.	Barmer Langetten teils m. Hohlbaum, Coupon 5 Mr.	25 Pf.	Madapolam - Stickeren, 4-6 cm breit	28 Pf.
Hefgarn 20-Gramm-Rolle	15 Pf.	Nähnadeln (Grünadler) 25 Stück	3 Pf.	Haarnadeln „Mohrenkopf“	9 Pf.	Mako-Schuhsenkel 100 cm Paar	5 Pf.	Ajour - Stickeren in feiner Ausführung, Mr. 40	38 Pf.
Sternzwirn 20-Meter, 6 Sterne	10 Pf.	Stahl-Stecknadeln 30 Gramm	25 Pf.	Zentimeter-Maße	10 Pf.	Mako-Schuhsenkel 120 cm Paar	6 Pf.	Rockstickeren 20 cm breit, sortierte Muster	75 Pf.

Futterstoffe

Saffin großes Farbensortiment, 60 cm br., Mr.	1 ⁰⁵	Jakonett schwarz und grau	85 Pf.	Saffin-Damas 100 cm breit	1 ⁴⁵	Jackettfutter 100cmbr. in Serge, in viel. Farb., Mr.	1 ⁰⁵
Armelfutter halbe Streif., gute Qualität, Meter	1 ²⁵ u. 1 ⁰⁵	Rollkörper schwarz und grau	1 ¹⁰	Halb-Damasch elop. Jackett, ca. 60 cm br., Mr.	4 ⁵⁰	Baumwollserge 140 cm breit, schwarz, grau, braun	2 ⁴⁵

Eine Auswahl von ca. 50 000 Paar Strümpfen

Damenstrümpfe schwarz und farbig, Paar	35 Pf.	Damenstrümpfe Kunstseide, klares dünnes Gewebe	1 ⁰⁵
Damenstrümpfe Doppelfahle u. Hochferse, in modern. Farben, Paar	85 Pf.	Herrensocken grau	48 Pf.
Damenstrümpfe Seidenfaserseide, Doppelfahle u. Hochferse, Paar	1 ²⁵	Herrensocken glatt und gemustert	95 Pf.
Damen-Strümpfe Tramsseide, Serie II 4.05 Serie I	3 ²⁵		

Indemann & Co
AKTIENGESELLSCHAFT

Garnierte Strümpfbänder Serie III Serie II Serie I	Paar 98 Pf. 78 Pf. 58 Pf.	Sockenhalter Serie III Serie II Serie I	Paar 68 Pf. 38 Pf. 28 Pf.	Armblattwesten Paar	95 Pf.
--	---------------------------	---	---------------------------	---------------------	--------

Groß-Spezial-Angebot in Stickereien

Wäschesückerel schmale	9-20 Mr.	Jeder Coupon
Wäschesückerel 4-6 cm breit	4.00 Mr.	
Wäschesückerel 7-8 cm breit	3.05 Mr.	
Wäschesückerel 10 cm breit	2.25 Mr.	

95 Pf.